

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 38 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Monat. Einzerz. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für die erste Zeile 40 Pf., für die zweite und dritte Zeile 30 Pf., für die vierte und fünfte Zeile 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 1. August 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der internationale Arbeiterkongress.

Der kommenden Sonntag, den 6. dieses Monats, in Zürich zusammentritt, ist der dritte der zweiten Ära der internationalen Arbeiterbewegung. Die Internationale Arbeiter-Assoziation, welche im Jahre 1864 von Carl Marx zwar nicht ins Leben gerufen, aber zu dem gemacht wurde, was ihr in dem Emanzipationskampf der Menschheit eine Weltwende-Bedeutung gegeben hat — wies den Arbeitern aller Länder den Weg der Befreiung. Aber die große internationale Proletarierarmee zu schaffen und schlagfertig zu machen und die Herrstraße zu bauen, auf der sie dem Siege zueilt, das konnte nach Lage der Dinge und nach dem Stand der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern nicht Aufgabe der Internationalen Arbeiter-Assoziation sein. Die Arbeiterkongresse, die diese zusammenberief, vertraten eine Macht, die erst im Werden war; die Internationale Arbeiter-Assoziation hatte keine festgelegten Organisationen, auf die sie sich stützen konnte. In Frankreich verhinderte das Kaiserthum die Bildung einer unabhängigen, zielbewussten Arbeiterpartei. In Deutschland waren die organisierten Arbeiter in zwei feindliche Lager getheilt und hatten sich erst mühsam zur Einheitlichkeit emporzurängen. In Belgien fehlte es dem Proletariat noch an wirtschaftlicher und politischer Schulung. In England und Amerika waren zwar mächtige Arbeiter-Organisationen vorhanden, die sich auch zum Theil, in der ersten Begeisterung für die neue Idee und das neue Programm, der Internationalen Arbeiter-Assoziation angeschlossen und Delegirte zu den internationalen Kongressen entsandt hatten; allein es stellte sich bald heraus, daß diese Organisationen, die Tradesunions, noch nicht zum revolutionären Klassenbewußtsein durchgedrungen waren, daß sie, mit ihrem Wahnglauben, den Kapitalismus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft überwinden zu können, durch eine breite und tiefe Luft von dem Grundgedanken der Internationalen Arbeiter-Assoziation getrennt waren: den Klassenkampf als politischen Kampf zu führen und dem Kapitalismus die politische Herrschaft zu entreißen, deren Besitz für ihn eine Lebensfrage, deren Verlust sein Untergang ist. Die englisch-amerikanischen Tradesunions waren bald nur noch Dekorationen; mit ihren Führern, die meistens reine Geschäftspolitiker im Dienste der Bourgeoispartei waren, kam es zu Herwürnissen. Im Schooß der Internationalen Arbeiter-Assoziation selbst brachen Streitigkeiten aus — der Phrasenrabulismus, der immer da entsteht, wo die Gelegenheit zur praktischen Thätigkeit fehlt, drohte die hehren Ziele der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu überwuchern. Der Fall der Pariser Komune schloß auf längere Zeit hinaus jede Möglichkeit einer praktischen internationalen Organisation des Proletariats in dem großen Stile der Internationalen

Arbeiter-Assoziation aus. So glaubte denn Marx mit den meisten übrigen Leitern, daß in Europa vorläufig keine Aussicht auf Erfolg sei, und auf dem Haager Kongress im Jahre 1872, wurde die Verlegung des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation nach Amerika beschlossen. Man hat diesen Beschluß „ein anständiges Begräbniß“ genannt — als ob sich begraben ließe, was lebt und was unsterblich ist. Höchstens ist es das Begraben des Samenkorns, das nachher, hundertfach vermehrt, aus dem Grab wieder aufersteht. Jedenfalls aber war jener Beschluß die tatsächliche Auflösung der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Allein sie hatte ihre Bestimmung erfüllt. Die Idee des Internationalismus hatte Wurzel gefaßt; der Baum, den keine Macht der Welt mehr austrotten konnte, mußte Zeit haben zum Wachsen, bis im Schatten seiner Zweige und Äste die Arbeiter der ganzen Erde Platz fanden und das Proletariat aller Länder vereinigt such! des Kommunistischen Manifests der Verwirklichung zueilte. Von dem Unfug, den ein Vatutin und andere Landknechte des demagogischen Revolutions-Mundheldenthums mit dem Namen der Internationalen Arbeiter-Assoziation trieben, und wie sie — freilich vergebens — im abschlichen oder unabhänglichen Dienste der Bourgeoisie sich bemühten, aus der prophetischen Skizze des Zukunftsstaates der Menschheit eine häßliche Vogelscheuche zu machen, — davon haben wir hier nicht zu reden. Das grösste Zwischenspiel ging vorüber, die Probe der Praxis ließ die Seifenblasen der schäumenden Phrase zerplatzen, und in aller Stille wuchs der Baum, den Karl Marx und seine edlen Mitarbeiter gepflanzt. Er wuchs in die Breite und Tiefe, die Wurzeln tiefer und tiefer eintreibend in den Boden und Humusgrund der modernen Gesellschaft. In Deutschland einigten sich die zwei Flüsse der sozialistischen Bewegung zu einem gewaltigen Strom, der aller Verjuche der Feinde, ihn einzudämmen oder gar aufzuhalten, elementarträchtig spottete, und das System Bismarck, dieses Plagiat des französischen Kaiserreichs, dessen Laster noch übertreibend, enthielt die Idee der Geisteslosigkeit und feige Verkommenheit unserer herrschenden Klassen, deren moralischer Bankrott aller Welt offenbart wurde. In Frankreich trogte das Proletariat dem chauvinistischen Gift, das der brudermörderische Krieg des Jahres 1870—1871 erzeugt, und erstete langsam das Blut, welches der furchterliche Aberglaube der neuen Pariser Bluthochzeit ihm bis zur Weißblutung abgezapft hatte. Die belgischen, italienischen, spanischen und portugiesischen Sozialisten brachen mit dem demagogisch reaktionären Mundheldenthum des Anarchismus, der nur ein häßlicher Reflex (Abglanz) und eine wüste Karrikatur des manchesterlichen Individualismus, nur eine andere Form des tollsten und rohsten Ichthums ist. In England und den Vereinigten Staaten sorgte die riesige Steigerung des Kapitalismus dafür, daß der Glaube an die Allmacht der gewerkschaftlichen Organisation

untergraben ward; und in immer weiteren Kreisen leuchtete die Erkenntniß auf, daß ein Paktiren mit dem Kapitalismus Wahnsinn ist, daß zwischen den Klassen der Besitzenden und der Besitzlosen keine Gemeinschaft ist, sondern Kampf auf Leben und Tod, — und daß die Arbeit sich nur erlösen kann, indem sie sich als Klasse politisch organisiert und im politischen Kampf, unter Benützung aller durch unsere Kultur gebotenen Kampfmittel, den Gegner, mit dem kein Friede und keine Versöhnung möglich ist, niederwirft und vernichtet. Die Zeit war gekommen für die zweite Ära der Internationalen Arbeiter-Kongresse. Siebzehn Jahre nach dem Haager Kongress erkündete der Ruf: Nach Paris zur Hundertjahrfeier der Revolution! Wer ihn zuerst ausgestoßen, wir wissen es nicht — die Dinge waren reif, der Gedanke eines Stellbcheins der Arbeiter aller Länder lag in der Luft, der internationale Bundeskongress mußte erneuert und endgiltig für immer geschlossen, das Testament des sechs Jahre vorher gestorbenen Karl Marx mußte vollstreckt werden. In Paris reichten die Arbeiter aller Länder die Hand, und zur Bekräftigung des Bundes gründeten sie den Weltfeiertag der Arbeit, der hinfür jedes Jahr am 1. Mai die Arbeiter aller Länder im Geiste brüderlicher Solidarität vereinigen, und der noch festlich begangen werden wird, wenn die heutige Gesellschaft: das Reich der Zwillingkönige Moloch und Mammon, längst in Trümmer zerfallen ist und nur noch als schauriges Märchen der Vergangenheit im Gedächtniß der glücklichen Menschen lebt. Dem Pariser Kongress folgte zwei Jahre später der Brüsseler Kongress, der das Werk seines Vorgängers fortsetzte, das Band der Einigung noch stärker und fester schlang, Gruppen, die bis dahin sich fern gehalten hatten, in den Ring des „Armen Konrads“ der Proletarier eintraten ließ, und sich vorwiegend den praktischen Zielen zuwandte. Und wieder nach zwei Jahren versammelte sich nächste Woche in Zürich der dritte internationale Kongress. Er umfaßt ein gerieutes Proletariat — „ein einzig Volk von Brüdern“. Während 1889 noch die Hälfte der französischen Sozialisten grollend bei Seite stand und 1891 die Verschmelzung erst begam, ist die Einigung heute eine vollendete Thatsache, und wenn auch der in Frankreich acht Tage nach dem Kongress bevorstehende Wahlkampf keinen zahlreichen Besuch unserer französischen Genossen zulassen dürfte, so wissen wir doch, daß sie in sich und mit uns brüderlich geeint sind und den Weg wandeln, der sicher zum Ziel führt. Und in England, welcher Fortschritt seit Paris und Brüssel! Das Eis ist gebrochen, der starre Tradesunionismus ist an dem Geantfels der kapitalistischen Wirklichkeit gescheitert, und der Sozialismus hält mit fliegenden Fahnen seinen Einzug in jene wunderbaren Organisationen, die ihre Kraft bisher auf Unmögliches richteten und sie von nun an dem Befreiungskampf des Proletariats weihen werden. Zum ersten Male

Feuilleton.

erschienen 130

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Während der Präsident dem Herrn Baron für die so lichtvollen Auseinandersetzungen, die er dem Gerichtshof gegeben, dankt, ballt der alte Beamte die Fäuste und stößt dumpfe Vermuthungen aus. Durch ihn dazu veranlaßt, bittet der Anwalt der Kläger den Präsidenten, dem Zeugen die Frage vorzulegen, warum auf der Liste der Aktionäre sich Namen von Leuten befänden, die nichts befaßen. Dem Zeugen scheint diese Frage zu mißfallen. Einen Augenblick blüht so etwas wie Unruhe oder Jörn in seinen erloschenen Augen. Dann fällt ihm ein, es wäre das Beste, den Fragesteller hoch zu nehmen, und mit erzwungener Trockenheit erwidert er, daß der Direktor einer Aktiengesellschaft weder ein Inquisitor noch ein Beamter der Geheimpolizei sei; daß er nicht immer die Verkäufe der ihm übergebenen Fonds habe kontrolliren können, daß überhaupt jedes Geschäft unmöglich sei, wenn man sich immer vorher vergewissern müßte, wieviel Vermögen die Leute in Wirklichkeit befaßen, welche sich daran beteiligten. Da der Präsident weiter keine Frage an ihn richtet, grüßt er den Gerichtshof mit einer kurzen Verbeugung, nickt dem Rechtsanwalt Allyn freundschaftlich zu und geht friedlich hinaus. Nachdem er gegangen ist, scheint das Interesse an der

Verhandlung nachzulassen. Die Zeugen werden nach einander in rein mechanischer Weise und möglichst schnell verhört. Der Präsident, der die Aufmerksamkeit nicht ermatten lassen will, beivt sich, Allyn das Wort zu ertheilen. Der kleine Mann hat eine kräftige, angenehme Stimme, welche die Hälfte seines Erfolges ausmacht, so gut versteht er es, sie bald wie Donner erdröhnen, bald wie ein Violoncello zittern zu lassen. Die andere Hälfte seiner Triumphe verdankt er seinem besonderen Talent, die Hauptfragen nicht zu behandeln. Das Abschweifen von dem eigentlich zur Verhandlung stehenden Thema ist bei ihm zum Grundsatz geworden. Er hat nicht seines Gleichen in der Kunst, die Debatte auf ein anderes Gebiet hinüber zu spielen. Bei ihm muß man immer auf unvorhergesehene Dinge, auf Ueberraschungen gefaßt sein. Seiner Gewohnheit nach hält er sich auch heute, auf die Sache selbst einzugehen. In bewunderungswürdiger Weise geht er über die Thatsachen weg, erspart er seinen Zuhörern die Langeweile, Zahlreichen mit anhören zu müssen. Er erhebt sich vielmehr, wie er sich ausdrückt, zu moralischen und philosophischen Betrachtungen über den Fall. Auch er beklagt zweifellos die Aktionäre, die aus allen ihren Himmeln gefallen seien und dabei ihr Vermögen verloren hätten. Seine Worte drückten Bedauern aus über diese Unglücklichen und besonders über ihre Familien, die nun noch Entbehrungen und die herben Leiden der Armuth zu erdulden hätten. Aber er müsse andererseits auch fragen, ob schließlich nicht diejenigen, welche ihre Kapitalien in so gewagten Unternehmungen, wo ihnen jedes Mittel zu einer ausreichenden Ueberwachung fehlt, anlegen, nicht einigermassen leichtsinnig gehandelt haben, ob sie dann, wenn sie der Fata Morgana einer hohen Dividende nachgejagt seien, ein Recht hätten, für den Zusammenbruch ihrer

chimärischen Hoffnungen Andere zur Verantwortung zu ziehen, ob sie nicht vielmehr den Spielern zu vergleichen seien, die wohl wissen, daß man nicht viel gewinnen kann, ohne viel zu wagen. Gewiß, man begreife den Aerger, man entschuldige die Aufregung der Verlierer. Aber, meine Herren, steht es ihnen zu, sich dabei an ihre Unglücksgefährten zu halten, die wie sie von Verlusten betroffen wurden, durch den Mißerfolg des Unternehmens? Steht es ihnen zu, hier vor das Gericht einen Ehrenmann zu ziehen, dessen Redlichkeit im Geschäftsbetrieb Ihnen soeben noch bezeugt worden ist, einen Mann, den ihr Vertrauen vor wenigen Monaten fast einstimmig auf den Posten des Direktors hob und dessen einziges Verbrechen darin besteht, daß er mit ihnen ruinirt worden ist? Sollte man hier das schreckliche Wort: Wehe den Besiegten! wiederholen müssen, sollte dieses ehrene Gesetz aus den Zeiten der Barbarei auch hier Anwendung finden? Soll man hier, um eine ganz unberechtigte Erbitterung zu befriedigen, Katastrophe auf Katastrophe häufen? Ist es nicht genug, daß ein Menschenleben schon für die — Unklugheit der anderen gebüßt hat? Soll nun eine neue Unklugheit begangen werden, welche die mit dem Tode gesühten noch übertrifft? Allyn wurde hier durch ein beifälliges Gemurmel unterbrochen, das dem Winde gleicht, der durch die Tannen fährt. Die jungen Rechtsanwälte, die Börseaner und Journalisten finden in dieser gänzlich unerwarteten Argumentation eine gewisse pikante Würze. Die Aktionäre schweigen niedergeschmettert. Nur der alte Beamte murmelte Vermuthungen durch die Zähne. Der Redner fährt fort. Seine Stimme klingt plötzlich tief und schmerzbezeugt. „Ich wollte, meine Herren, ich hätte der Gegenpartei meines Klienten nichts weiter vorzuwerfen, als ein unge-

wird das arbeitende England und das sozialistische England — beides eins geworden — in dem internationalen Parlament der Arbeit voll vertreten sein. Das allein genügt, den Züricher Kongress zu einem Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung zu machen.

Auf die Fragen, die den Kongress beschäftigen werden, gehen wir jetzt nicht ein. Die Tagesordnung ist den deutschen Arbeitern bekannt, und wir werden ausführliche und wahrheitsgetreue Berichte der Verhandlungen bringen.

Streitfragen liegen nicht vor. Die phantastischen Nebelwörter, die letzten Ueberreste des bakuninistischen Gewalts, die Dieser und Jener in den Kongresssaal zu blasen wünscht, werden in der gesunden heiteren Luft ganz von selbst verdunsten — die Logik der Thatsachen ist bei den den letzten Wahlen in Deutschland so überwältigend zur Geltung gekommen, daß, wer sie nicht begreift, nur ein Gegenstand des Gelächters oder des Mitleids sein kann.

Wohl werden auch in Zürich die Geister scharf aufeinander schlagen, allein es ist dies das Ringen von Genossen und Brüdern, welche die Wahrheit suchen und in heiligem Wettstreit bemüht sind, der gemeinsamen Sache zu dienen — der Sache der unterdrückten, geknechteten, ausgebeuteten Menschheit.

Bürgerliche Zeitungen haben davon geredet, in Zürich werde die Internationale Arbeiter-Assoziation „wieder hergestellt werden“. Die das sagen, wissen nicht, was die Internationale Arbeiter-Assoziation war, und was wir heute sind.

Vor 20 Jahren zu groß für die Arbeiterbewegung wäre die Internationale Arbeiter-Assoziation heute zu klein für sie. Die Arbeiterbewegung umspannt die Welt; sie läßt sich nicht einzwängen in den Rahmen einer Gesellschaft, wie die Internationale Arbeiter-Assoziation es war.

Der Samen, den die Internationale Arbeiter-Assoziation austreute, ist herrlich aufgegangen — das was ist, übersteigt die kühnsten Hoffnungen derer, die sie gründeten — die Arbeiterbewegung der Gegenwart hat eine solche Ausdehnung, eine solche Stärke erlangt, daß sie gefeit ist gegen alle Angriffe der Feinde, und daß wir mit stolzer Siegesgewißheit dem Tag entgegensehen können, wo der schönste Traum unseres Marz verwirklicht ist und das arbeitende und geniesende Volk der Erde eine Familie bildet, eine große, sämtliche Nationen in einem freien Gemeinwesen vereinigende

Internationale Arbeiter-Assoziation.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Juli.

Der Zollkrieg. Aus Petersburg wird gemeldet:

Die kaiserliche Verordnung vom 28. d. Mts., durch die der Finanzminister ermächtigt wird, im Einvernehmen mit dem Minister des auswärtigen in gewissen Fällen besondere Zollzuschläge zu den Sätzen des Höchsttarifs einzuführen, hat folgenden Wortlaut: Dem Finanzminister wird anheimgestellt, nach Uebereinkunft mit dem Minister des auswärtigen durch entsprechende Publikation erstens: Anordnungen zu treffen wegen Erhebung entsprechender Zuschläge zu den Zollsätzen für Waaren, welche Erzeugnisse des Bodens und der Industrie solcher Staaten bilden, die bei der Einfuhr von Waaren russischer Provenienz in ihre Gebiete dieselben mit höheren Zollsätzen belegen, als sie in ihren allgemeinen Zollsätzen festgesetzt sind, und zwar a) zu erhöhten Sätzen des allgemeinen russischen Zollsatzes vom 11. Juni 1891 mit seinen neuesten Abänderungen nach Paragraphen und deren Eintheilungen, denen zufolge solche erhöhte Sätze mittels Gesetzes vom 1. Juni 1893 bezüglich des Doppeltarifs fixirt werden; b) zu Normalsätzen dieses Tarifs nach Paragraphen und deren Eintheilungen, nach welchen durch dieses Gesetz keine erhöhten Sätze festgesetzt werden; zweitens: Die im Punkte 1 der Verordnung erwähnten Anordnungen hinauszuschieben und aufzuheben, und drittens: Termine festzusetzen sowohl zur Ausführung, wie zur Hinausschiebung und Aufhebung dieser Anordnungen. Die betreffenden Ausführungsbeehle können nöthigenfalls telegraphisch erteilt werden.

Da der russische Maximaltarif einen Zollzuschlag von höchstens 90 pCt. festsetzt, dagegen der fast zwei Jahre in Wirksamkeit befindliche deutsche Getreide-Differenzialtarif das russische Haupterzeugnis ungefähr 42 pCt. höher als das Getreide anderer Staaten besteuert, so würde der russische Maximaltarif, da Deutschland den Zoll auf russische Provenienzen um 50 pCt. erhöhte, eine gleiche Erhöhung erfahren.

rechtes und übertriebenes Verlangen nach Rache, das einer geheimen Regung des menschlichen Herzens entspringt. Es ist so angenehm, wenn man das Gewicht der gemeinsam begangenen Fehler auf die Schultern Einzelner fallen lassen kann! Unglücklicherweise hat dieser natürliche Wunsch sie zu Handlungen verleitet, die ich mir als tief bedauerliche zu bezeichnen erlaube. Sie haben sich nicht geschaut, die niedrigsten Leidenschaften, den Klassenhaß aufzuspielen, meine Herren. Sie haben sich nicht geschaut, zu Beleidigungen, Schwähungen und Drohungen zu greifen, ohne Zweifel in der Absicht, dadurch auf das Gericht einen Druck auszuüben.

Der Redner macht eine Pause, dann hält er mit einer Bewegung, der der Urmel seiner Toga eine feierliche Größe giebt, ein Zeitungsblatt hoch.

„Ich bitte den Gerichtshof um Verzeihung“, ruft er, „daß ich in dieses Heiligthum der Justiz ein Blatt mitbringe, das keinen anderen Zweck zu haben scheint als den, den Haß unter den Bürgern zu schüren. Ich weiß, daß den Deklamationen und tolen Aufreizungen dieses Blattes eigentlich nicht die Ehre widerfahren dürfte, in diesen Mauern gehört zu werden. Aber die heiligen Interessen der Vertheidigung zwingen mich, Brände zu verlegen, deren Hochhaltung für mich stets heilig war.“

Das Blatt, das Sie hier sehen, ist die „Soziale Revolution“ vom 10. April dieses Jahres. Es enthält einen Artikel: „Ein neuer Diebstahl der kapitalistischen Großganner an der Börse.“

In der eleganten Sprache dieser Herren sind mit den kapitalistischen Großgannern die Vertreter der Großfinanz gemeint. Nach einem Bericht der Thatsachen, die wir bereits kennen und die uns der Herr Staatsanwalt so klar aufklärte, einem Bericht, der von Anschuldigungen gegen die letzten Administratoren wimmelt und der mit Schmähungen hochgehaltener Persönlichkeiten gepickt und unterzeichnet ist von einem Manne, der — es thut mir leid, es sagen zu müssen — der von den Aktionären gewählt wurde, um sie zu vertreten, folgt, was ich jetzt verlese:

Das Zirkular des russischen Finanzministers an die Zollverwaltungen vom 26. Juli lautet:

1. Der erhöhte Tarif soll in Zukunft, bis auf weitere Verfügung, in Anwendung kommen: a) auf die in dem Punkte II des Gesetzes vom 1. Juni 1893 (betreffend die Einführung des doppelten Zollsatzes) genannten Boden- und Industrie-Erzeugnisse Deutschlands und dessen Kolonien; b) auf die Erzeugnisse der in dem Punkte III dieses Gesetzes genannten außeruropäischen Länder, im Falle der Einfuhr derselben aus Deutschland.

2. Die durch das Gesetz vom 1. Juni d. J. festgesetzten erhöhten Zollsätze müssen vermittels der in diesem Gesetze angegebenen Prozentsätze zu den Sätzen berechnet werden, wie solche durch den allgemeinen Zollsatz vom 11. Juni 1891 und das Gesetz vom 21. Dezember 1892 (betreffend die Abänderung der Baumwollensätze) festgesetzt sind.

In Anbetracht der Nothwendigkeit, die vorliegenden Bestimmungen hinsichtlich der Anwendung der Tarife in jedem einzelnen Falle streng zu beobachten, lenke ich die Aufmerksamkeit der Zollämter auf die Erfüllung der im Punkte VI des Gesetzes vom 1. Juni d. J. dargelegten Vorschriften über die Verbürgung von Geldstrafen für unrichtige Angaben des Ursprungslandes und des Ortes der Verladung der Waaren, welche Geldstrafen die im Artikel 1789 des Zollreglements (Ausgabe vom Jahre 1892) angegebene Bestimmung erhalten.

Wenn sich die Staatsmänner im Zollkriege taufen, müssen die Völker Haare lassen.

Die Börse und amtliche Denkschriften. Am Freitag Abend veröffentlichte der „Reichs-Anzeiger“ die Denkschrift, die dem Bundesrath zur Begründung des Zollzuschlags zugegangen war. Zu gleicher Zeit brachte eine einzige Berliner Abendzeitung, die in derselben Druckerlei und Verlagsanstalt gedruckt wird, den Text der Denkschrift im Wortlaut und in den Typen des amtlichen Reichs-Anzeigers. Welchem Organ ist nun diese Kunst widerfahren? Nicht der in derselben Druckerlei hergestellten Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, was zwar ebenso unstatthaft, aber bei dem offiziellen, man verzeihe das Wort, „Charakter“ des Vindicta-Blattes erklärlich wäre. Vielmehr einem obskuren Börsenblatt, der „Bank- und Handelszeitung“. Kein Zweifel, das schickt sich nicht. Aber wenn die „Kölnische Zeitung“ die Militärvorlage vor der amtlichen Veröffentlichung bringt, warum soll nicht ein anderes Jobberblatt die zollpolitische Denkschrift bringen?

Zu den Miquel'schen Steuerplänen. Herr v. Jellih, Rentier, der die Pläne des Finanzministers in der Presse vertritt — wofür ist er auch Geheimrath im Finanzministerium? — hat im „Deutschen Wochenblatt“ ein wenig mehr über die Absichten seines Herrn und Meisters ausgeplaudert. Er erzählt uns, was es mit dem samosen „beweglichen Faktor“, der seit einiger Zeit durch die Blätter spukt, auf sich habe. Der „bewegliche Faktor“ soll in unserem öffentlichen Haushalt als Zuschlag zu Steuern in Thätigkeit treten. Und zwar ist in erster Reihe die Tabakfabriksteuer, deren Nebenmännlich spürt, die Quelle, woraus die Zuschlagseinnahme fließen solle. Selbige Tabakfabriksteuer soll fünfzig bis sechzig Millionen mehr als die jetzige Tabaksteuer einbringen. Einen Zuschuß liefert dann der nach der Höhe des jeweiligen Bedarfs bemessene Zuschlag. Da nun Moloch Militarismus einen starken und stetig wachsenden Bedarf hat, wird der stetige Aufstieg des Zuschlags eine anmutige Abwechslung in die Eintönigkeit des Steuerzahlers bringen. Es sollen vorübergehende Störungen in dem Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben durch vorübergehende Zuschläge zu den bestehenden Steuern behoben werden. Genügt der Tabak nicht, ei, so haben wir das Bier, das freilich nach Caprioi nicht höher besteuert werden soll. Aber um alles in der Welt, schließt das „vorübergehende Zuschläge“ zum alten Steuerfuße aus?

Um dem Reichstage das Einnahme-Bevilligungrecht so viel es angeht zu beschneiden und das Budgetrecht überhaupt zu einer Poffe ohne Inhalt zu machen, soll nach militäropolitischen Muster ein finanzpolitisches Septennat oder Quinquennat eingeführt werden. Das heißt, Ueberweisungen und Militärlaufnahmen sollen nicht jährlich, sondern gleich auf einen Zeitraum von sieben Jahren (Septennat) oder fünf Jahren (Quinquennat) festgelegt werden. Natürlich, eine „starke Regierung“, will sagen eine Regierung, die nicht nöthig hat, sich um den Willen des Volkes oder der Volks-

„Wann wird Frankreich diese Blutsauger abschütteln? Die Monarchie hatte Blut- und Feuergerichte (chambres ardentes — eigentlich brennende Kammern), um die bündigen, vollgestopften Pächter zu zwingen, das, was sie zuviel verschlungen hatten, wieder von sich zu geben. Es ist hohe Zeit, daß die Republik ihrerseits den Ruf erhebt: „Auf, gegen die Kapitalisten! Nieder mit den Spitzbuben!“ Werten wir doch, daß das verkaufte Nichterbum, das wir besitzen, der Meinung ist, das Volk sei dazu da, bestohlen zu werden. Aber Geduld! Am Tage der großen Wäpche werden wir uns daran erinnern...“

Meine Herren, durch solche Mittel wagt man den Gerichtshof einzuschüchtern, wagt man ihm sein Urtheil vorzuschreiben. Durch ein derartiges Vorgehen, wie es in der Schreckenzeit nicht ärger gewesen sein kann, verdächtigt man die Richter, schießt man auf ihre Meinung, den Angeklagten gegenüber, über welche das Gericht noch nicht einmal geurtheilt hat. Aber, ich sage es laut, wir hegen soviel Vertrauen zu dem Muth und der Gerechtigkeit des Gerichtshofes, um sicher zu sein, daß dieses bedauerliche Vorgehen ihn entrüsten wird, ohne ihn zu beunruhigen und ihn mit souveräner Berachtung erfüllen wird, ohne ihn mit übrigen für oder gegen unsere Gegner einzunehmen, so daß er jene eble Unparteilichkeit walten lassen wird, welche im französischen Richterstande Ueberlieferung ist.

Die Journalisten und die jüngeren Rechtsanwälte fählen sich versucht, über diese Tirade zu lächeln. Sie ist eben nicht mehr recht an de sidelo (neumodisch). Aber sie thut trotzdem noch ihre Wirkung. Sie gefällt den anwesenden Börseanern, denen sie in ihrer Angst vor dem revolutionären Geist schmeichelt; sie mißfällt den Richtern nicht, denen sie in ihrer Eitelkeit schmeichelt. Die erschrockenen Aktionäre begreifen nicht, durch welches Taschenspielerkunststück sie auf einmal aus Anklagen zu Angeklagten geworden sind. Andre, der über den wohlgezielten Seitenhieb noch ganz außer sich ist, bespricht lebhaft und leise die nächsten vorzunehmenden Schritte mit dem Rechtsanwält.

(Fortsetzung folgt.)

vertretung zu kammern, braucht „starke Steuern“, wobei das Parlament nichts mitzureden hat. Ist die Regierung im stande, Steuermillionen und wieder Steuermillionen aufzusuchen, ohne daß der Reichstag ein Wort mitzureden hat, so entwindet sie sich immer mehr der Kontrolle des Reichstags, sie hat, da sie auf Vorrath arbeitet, nicht nöthig, neue Steuervorschläge zu machen.

Um die Finanzen nach Miquel'scher Vorschrift zu gestalten, brauchen wir natürlich heidenmäßig viel Geld. Mehr Einnahmen ist die Lösung. Natürlich trösten die Steuerquellen uns schon damit, daß wenn diesmal die Steuerquellen neu erschlossen würden, der Abschluß der Reichsbesteuerung erreicht sei. Wer glaubt die Botchaft angefaßt der unumschränkten Herrschaft des Militarismus, dieses nimmermatten Vielstrahrs? Vorläufig stürzten sich Miquel und die Miqueliden auf die Pseife des armen Mannes, sie heißen die von uns schon gekennzeichnete Tabakfabriksteuer, die auf Kosten der breiten Masse der unbemittelten Verbraucher 50 bis 60 Millionen Mark mehr abwerfen soll. Haben wir erst die Tabakfabriksteuer, so klopft das Tabakmonopol schon an die Reichstür und begehrt Einlaß; die Sachkundigen wissen, daß die Fabriksteuer die Vorstufe zum Monopol ist.

Die Miquel'sche „Reform“, bei der es dem arbeitenden Volke an den Fragen geht, will neue Steuern, um die fortlaufenden Ausgaben des neuen Militärgesetzes (55 bis 60 Millionen) zu bestreiten, um die Reichsschulden mit einer Tilgungsquote von 1 pCt. jährlich abzutragen (20 Millionen), um einen Theil der Ueberweisungen an die Einzelstaaten, etwa 70 Millionen Mark, aufrechtzuerhalten. Ferner sind ja die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten schon um mehr als sieben Millionen höher, als die auf Grund der Frankenstein'schen Klausel erfolgenden Ueberweisungen aus Zöllen, Stempelsteuern, Tabaksteuer und Verbrauchsabgaben von Branntwein. Herr Miquel will also aus den deutschen Steuerzahlern jährlich

150 Millionen Mark

an neuen Steuern heraus schlagen, und zwar wieder zu Gunsten der Herrschenden, auf Kosten der Kleinen, durch Steigerung der indirekten Steuerlast.

So sieht die Miquel'sche „Reform“ aus.

Futternoth. Wie der „Staats-Anzeiger“ — für Württemberg mittelt, sollen alle größeren Uebungen, also Regiments- und Brigadegexerziten, auf die Gexerzplätze, die Manöver aber, soweit dieselben im Hinblick auf die Kriegstüchtigkeit der Truppen unumgänglich nothwendig sind, in die Gegenden verlegt werden, die durch die Futternoth weniger berührt worden sind. Dabei ist auf möglichste Einschränkung der Betheiligung der berittenen Waffen, der Kavallerie und Artillerie, gesehen worden. Die besonderen Uebungen der berittenen Waffen fallen theils aus, theils wird ihre Dauer gekürzt. Ferner hat der König von Württemberg noch beim Kaiser Schritte zur Abstellung der Kaisermanöver gethan, welche bekanntlich, wie im vorigen Jahre, wieder zwischen dem württembergischen (13.) und badischen (14.) Korps unter Bildung einer Divisionsdivision stattfinden sollten. Durch den Fortfall der Divisionsdivision werden allein 41 Bataillone, 20 Eskadrons und 22 Batterien weniger in dem Manöverterrain sich bewegen. Statt dessen wird nun jedes Korps im eigenen Landesgebiet für sich Korpsmanöver abhalten. In Preußen aber...! — Mehrere Landräthe des Liegnitzer Regierungsbezirks hatten bei dem Regierungspräsidenten mit Rücksicht auf den herrschenden Futtermangel Anträge auf Rückgängigmachung der Bestimmungen über die diesjährigen Truppenübungen entweder ihrerseits eingebracht oder befristet vorgelegt. Infolgedessen, schreibt der „Bote aus dem Diesengebirge“, theilt der Regierungspräsident den Landräthen mit, daß er auf eine an das königliche Generalkommando des V. Armeekorps gerichtete Anfrage die Auskunft erhalten habe, daß — die Militärpferde während der diesjährigen Herbstmanöver aus Magazinen verpflegt werden würden. Damit erachtet der Regierungspräsident die besagten Anträge für erledigt, indem er bemerkt, daß die Truppenübungen im Laufe dieses Herbstes auf Anordnungen höherer Instanzen beruhen, auf welche letzteren ihm eine Einwirkung nicht zustehe. So wird's gemacht.

Der Fall Feichter. Man schreibt der „Weser-Zeitung“ über die Feichter-Geschichte:

In der öffentlichen Klage gegen die Mitglieder des Fehelvereins ist die Voruntersuchung noch immer im Gange und es wird daher kaum möglich sein, daß die Hauptverhandlung vor Ausgang des nächsten Monats stattfindet. Dagegen ist in der Privatklage des Abbe Dr. Müller-Simonis wegen Beleidigung gegen Herrn Feichter der Termin bereits auf den 17. August festgesetzt worden. In der Erwägung, daß es doch, um auch den Schein zu vermeiden, jedenfalls besser wäre, wenn Feichter nicht allein in die Zeugenrolle und die vier Herren des Fehelvereins in die Angeklagtenrolle kämen, hat man sich in heftigen juristischen Kreisen bereits den Kopf darüber zerbrochen, ob es nicht möglich sei, die beiden schwebenden Beschlüsse zu verbinden, dadurch, daß die Staatsanwaltschaft einseitig das Offizialverfahren an das Schöffengericht überweise und andererseits die Staatsanwaltschaft auch die Privatklage des Abbe Dr. Müller von Amts wegen betriebe. Diese juristischen Spitzfindigkeiten dürften jetzt gegenstandslos geworden sein, da, wie verlautet, die Privatklage überhaupt vor der öffentlichen Klage zur Verhandlung kommen wird. Es kommt nämlich der § 191 St.-G.-B. in Betracht. Feichter hat Strafantrag gestellt wegen Beleidigung, die er darin findet, daß von ihm eine strafbare Handlung (Beleidigung des Fehelvereins u. s. w.) behauptet und verbreitet worden ist. Wegen dieser strafbaren Handlung ist nun gegen Feichter durch die Privatklage des Abbe Müller Anzeige gemacht worden, und bis zur Beendigung derselben muß nach § 191 St.-G.-B. mit der Entscheidung über die Beleidigung des Herrn Feichter innegehalten werden. Die Sache liegt etwas verzwickelt und ist wohl auch nicht von Anfang an von der Seite betrachtet worden. Jedenfalls ist es erfreulich, daß auf diese Weise alles vermieden wird, was geeignet ist, in der öffentlichen Meinung das Vertrauen in die Unparteilichkeit unserer Gerichte zu erschüttern.

Wenn in der That die Privatklage zuerst verhandelt wird, und eine offiziöse Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“ bestätigt die Meldung der „Weser-Zeitung“, und die Augen- und Ohrenzeugen der „Schweinehund“ Rede auf ihren Zeugniseid hin die Thatsachen darlegen können, so wäre das nur recht und billig. Hat man in Straßburg sich also in der That entschlossen, die Dinge, so wie es sich nach der allgemeinen Auffassung auch gebührt,

geben zu lassen, so ist dies der Interpellation Luer und Genossen und der damit verbundenen Reichs-Debatte, die auch die seltsame Prozeß-Verdoppelung gründlich zerpfückt, in erster Reihe zu verdanken. —

Winnenschiffahrts-Gesetz. Im März d. J. war eine Anzahl von Sachverständigen aus den Kreisen der Schiffahrtreibenden, des Handelsstandes und des Versicherungsgewerbes einberufen worden, um über die im Reichs-Justizamt ausgearbeiteten Grundzüge eines Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Wonnenschiffahrt, gehört zu werden. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Sachverständigen-Konferenz ist nunmehr der im „Reichs-Anzeiger“ vom 1. August abgedruckte Gesetzentwurf aufgestellt und den Bundesregierungen mitgeteilt worden. —

Ein probates Mittel. Warum die Antisemiten für die Militärvorlage gestimmt haben, das verriet kürzlich in der Versammlung eines antisemitischen Vereins im III. sächsischen Wahlkreise Herr Reichstags-Abgeordneter Gräfe seinen Freunden. Er erzählte nämlich, um sein Verhalten zu rechtfertigen, daß er auch an dem üblichen Gottesdienste teilgenommen habe, der dem Reichstag vorangegangen sei. Dieser sei so außerordentlich und feierlich gewesen, der Herr Pastor habe den Segen des Himmels so inbrünstig herabgesendet, und seine Predigt sei so vortrefflich gewesen, daß er, Gräfe, gar nicht umhin gekonnt habe, für die Militärvorlage zu stimmen. Leider, so fügte er noch hinzu, seien nur etwa 50 Mitglieder des Reichstags bei dem Gottesdienste zugegen gewesen. Fürwahr, ein probates Mittel! Probat für einen umgefallenen Reichsboten, seinen Wählern — wenn man nämlich solche dummen Wähler hat, wie die Antisemiten im allgemeinen und Herr Gräfe im besonderen — anstatt handfester materieller Gründe für sein Verhalten die eindringliche Predigt eines Pastors vor die Nase zu halten. Probat auch für die Regierung, wenn sie wieder eine neue Militärvorlage durchzubrüden für nötig hält — was nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte. Wenn der Reichstag sich widerpenstig zeigt, dann wird einmal mitten in den schönsten Reden der Opposition ein Pastor, am besten derselbe, der Herrn Gräfe umgepredigt hat, im Reichstage erscheinen, die Türen werden verschlossen, damit sich keiner drücken kann, und dann wird der Pastor anfangen zu predigen. Und er wird so lange und so eindringlich predigen und wird den Segen des Himmels so inbrünstig herabsenden auf die bewilligungslustige Schaar, bis sie alleamt nicht anders können, als der neuen Militärvorlage zuzustimmen; — und die Regierung braucht keine Gründe mehr und sie braucht auch keine Auflösung mehr. —

Zu den Nachwahlen. Im Wahlkreise Alsfeld-Bautzba, wo der Nationalliberale mit dem Antisemiten am 2. August in die Stichwahl kommt, erklärt der freisinnige Wahlverein in Alsfeld, daß er seinen Anhängern keinen der beiden in Frage kommenden Kandidaten empfehlen könne, aber wünsche, daß kein Freisinniger für den Antisemiten stimme. Die Sozialdemokraten enthalten sich natürlich der Wahl. —

Wie die öffentliche Meinung gemacht wird. Einer unserer Abonnenten, der auch auf andere hiesige Zeitungen abonniert ist, fand in einer derselben einen Artikel des Pariser „Figaro“ vollkommen entstellend wiedergegeben und chauvinistisch ausgenutzt. Er schrieb an die Redaktion, verwies auf das Original und erwartete eine Berichtigung. Statt der Berichtigung erhielt er folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr!

Zu unserm Bedauern können wir Ihnen keine weiteren Erläuterungen zu dem betreffenden Artikel geben, da wir bereits positiv erklärt haben, uns mit den irrtümlichen und entstellten Behauptungen des Herrn Jacques St.-Gères nicht weiter befassen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Die Redaktion des —

Man fällt sich, erklärt sich mit dem Gefälligen nicht weiter befassen zu wollen, und gründet dann die Weigerung, der Wahrheit die Ehre zu geben, auf diese Erklärung. Zynischer kann man die Spitzbuben-Moral nicht üben, zynischer sie nicht verteidigen. —

Ein neuer Vorstoß des Königs Stumm. Das Organ des Königs Stumm, das nicht müde wird, nach einer neuen Auflage des Sozialistengesetzes zu rufen, hat in seiner Sonntagsnummer wieder einmal den Vogel abgeschossen. In einer Betrachtung über den „gemeinsamen Feind“, die Sozialdemokratie, fordert es zu thatkräftigem Kampfe gegen die Umstürzler auf. Wie der Kampf zu führen ist? Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde, alle öffentlichen Körperschaften sind verpflichtet, keinen Sozialdemokraten als Angestellten zu dulden. Die Gesinnung allein mag passen, sobald sie sich aber in Thaten zu gunsten der Sozialdemokratie äußert, wird die Beseitigung der betreffenden Arbeiter zu erfolgen haben. Daß die Reichs- und Staatsbetriebe, wie die öffentlichen Körperschaften diesen Grundsatz bereits befolgen, so weit sie es vermögen, ist ja allbekannt. Aber hinter das Geheimnis des Stimmzettels zu kommen, ist nicht leicht, und mit einem Schläge die vielen Jehntausende von Staatsbediensteten, Arbeitern, kleinen Beamten, die sozialdemokratisch wählen, heraus zu stieben und an die Luft zu setzen, geht das wirklich so im Handumdrehen? Wenn es bloß um die Meinungsfreiheit ginge, die jedem verfassungsmäßig verbürgt ist auf dem Papier, dann ließen sich die Oberen keine grauen Haare wachsen. Jedoch das Gift des Sozialismus hat sich schon durch alle Kanäle der Beamten-Organisation ergossen. Wo ist der Koch, der das wirksame antisozialistische Tuberkulin entdeckt? Die „Post“, die sich nicht genug darüber entrüsten kann, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag von ihrem Recht, soweit sie es für gut befindet, Gebrauch macht und ihre Posten in den Kommissionen nach ihrem Besten befehlt, wirbt voll Ingrimm über die Ohnmacht des Geldsacks gegen das Wachstum der Arbeiterbewegung die Kollegen des Herrn von Stumm zur eifrigen Mitarbeiterschaft an der Achtung und Ausbesserung sozialdemokratischer Arbeiter.

Ein allgemeines planmäßiges Vorgehen sämtlicher staatlichen und kommunalen Verwaltungen nach dieser Richtung würde sicher schon viel helfen. Aber es wird auch unterstellt werden müssen durch ein entsprechendes Verhalten der wirtschaftlichen und sozialen Autorität, welche in den Kreisen der Arbeitgeber zu finden ist. Je größer der Betrieb, je größer die Autorität der Betriebsleitung, um so dringender ist die Pflicht, unter der Arbeiterschaft sorgsam die Wöck von den Schajen zu scheiden. Der Arbeitgeber, der so verfährt, handelt

nicht nur sich und seiner Arbeiterschaft, welche er so vor der Ausbeutung durch die Sozialdemokratie bewahrt, zum Segen, sondern erfüllt auch seine patriotische Pflicht gegenüber denjenigen Kreisen, in denen er Ansehen genießt und welche auf sein Beispiel blicken. Die konsequente Durchführung des Grundsatzes, in der Arbeiterschaft keine Arbeiter zu dulden, welche die Sozialdemokratie in äußerlich hervortretender Weise unterstützen, kann persönliche Härten und wirtschaftliche Nachteile nach sich ziehen; allein einer so größeren Gefahr gegenüber, wie sie in dem Anwachsen der Sozialdemokratie liegt, müssen diese Schattenseiten als das weitaus kleinere Uebel in Kauf genommen werden. Auch wird schon im Interesse größerer Wirksamkeit mit dem planmäßigen und energischen Vorgehen gegen Heher und Agitatoren die liebevollste Fürsorge für das ruhige und gutwillige Gros der Arbeiterschaft Hand in Hand gehen müssen. Nachdem aber das erhofft worden, daß dem Fortschreiten der Sozialdemokratie ein wirksamer Damm entgegengesetzt und in der Zukunft einmal mit Recht gesagt werden kann, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten hat.

Die gemeinschädliche Vörsartigkeit der Gestattung, wie sie in dieser „Post“-Betrachtung umschrieben und berechtigt zum Ausdruck kommt, wird nur übertroffen durch ihre öde Beschränktheit. Wenn das Organ des Pöbels in Seidenhüten und doch zeigen möchte, wie einige Millionen deutscher Arbeiter mit nichts dir nichts von ihren Ausbeutern als „politisch verdächtig“ aufs Pflaster gesetzt werden können! Die Stumm und Genossen mögen ihre Brutalität gegen die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter noch steigern — wenn das möglich ist —, der Sozialismus hat die Masse ergriffen und wird über die schätzbaren Plusmacher und ihre literarischen Troßbuben triumphieren. —

Militärisches. Ein aufregendes Schauspiel bot sich, so schreibt die „Elsaß-Lothringische Volks-Zeitung“ aus Mülhausen i. El., am Donnerstag Nachmittag gegen 4 Uhr mehreren Herren, die sich zufällig in der Nähe der Militär-Schwimmhalle befanden. Ein Soldat, von welchem Regiment konnten sie nicht feststellen, war eben dabei, sich freizuschwimmen. Er mußte zu diesem Zweck eine größere Strecke durchschwimmen, wobei er von zwei Unteroffizieren in einem Boot begleitet wurde. Der Mann zeigte alle Anzeichen großer Ermüdung und rief den begleitenden Unteroffizieren, die mit ihrem Boot ungefähr 1 1/2—2 Meter vor ihm entfernt waren, mehrmals zu: „Ich kann nicht mehr!“, worauf jedesmal die gleichgiltige Antwort: „Ruhig! Tempo!“ erfolgte. Plötzlich sank er unter, ohne wieder auf der Oberfläche zu erscheinen. Erst nach Verlauf von mindestens 20 Minuten wurde der Körper aufgefunden und mit demselben nun Wiederbelebungsversuche vorgenommen, die, soweit wir feststellen konnten, keinen Erfolg hatten. Fügen wir zur Verollständigung des Bildes noch bei, daß der aufsichtsführende Offizier während der Zeit des Unfalls gemütlich bei einem Besuch in seinem Zelte saß. Jeder, der die Annehmlichkeiten der deutschen „Ferienkolonien“ kennen gelernt hat, weiß davon zu erzählen, daß das Schwimmenlernen und die es begleitenden Umstände sehr oft dauernde Nachteile bei den Soldaten hervorrufen. Neben Herzklappenfehlern kommen vielfach Trommelfellzerstörungen vor, besonders in solchen Garnisonen, wo der Mann gezwungen wird, von bedeutender Höhe (10 und mehr Meter) in das Wasser zu springen. Daß man den Mann beim Schwimmen direkt ertrinken läßt, auch das steht nicht vereinzelt da! —

Die Arbeitslosigkeit in auslischer Beleuchtung. Die preussischen Oberpräsidenten hatten bisher am 1. Oktober Bericht über die Lage der Industrie für ihren Verwaltungsbezirk zu erstatten. Offiziell schreibt man nun: „Um diese Berichte für die Beurteilung der während der Wintermonate in den letzten Jahren mehr als früher laut gewordenen Klagen über Arbeitsmangel besser nutzbar machen zu können, hat der Handelsminister angeordnet, daß sie zukünftig am 1. Januar zu erstatten sind.“ Was bedeuten Oberpräsidenten, Präsidenten, Landräthe, Bürgermeister, Dorfschulzen als Organe der Sozialstatistik? Die Unfähigkeit der Polizei und der steif-bureaucratischen Verwaltungsbehörden für sozialpolitische Aufgaben ist über allen Zweifel erhaben. Für arbeitsstatistische Zwecke bedürfen wir ein arbeitsstatistisches Amt. Was hohe und niedere Bureaucratie über wirtschaftliche Zustände, Arbeitslosigkeit und dergleichen meldet, hält vor der sozialpolitischen Kritik, die Sachkenntnis und Unbefangenheit fordert, nicht Stich. So wie es jetzt getrieben wird, kann Herr von Bötticher nie den „allgemeinen Nothstand“ finden. Ja, wenn es sich um den Nothstand bedrängter Schwiegerväter großer Staatsmänner handelte! —

Zur Sonntagsruhe. Die preussischen Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben kürzlich entschieden, daß das Ausspielen geringfügiger beweglicher Gegenstände beim Hausirhandel als eine Modalität des Warenverkaufs anzusehen ist und daher den Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe unterliegt. —

Dr. Friedrich Witte, der frühere Reichstags-Abgeordnete ist am 31. Juli in Moskau gestorben. Dem Reichstag gehörte er von 1871 bis 1881 als Nationalliberaler und von 1884 bis 1893 als Mitglied der freisinnigen Partei an.

Der Prager Prozeß. Am 2. Juli war eine eindrucksvolle Kundgebung der Prager Arbeiter zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts geplant worden. Die alte brutale Anknüppel- und Säbelstaktik dächte dem böhmischen Statthalter Grafen Thun, dem Urbild des blöden Feudalen, gerade gut genug. Er ließ durch Polizisten und Soldaten die friedliche Demonstration mit Waffengewalt sprengen und forderte die Arbeiter zur thatkräftigen Gegenwehr heraus. Die Arbeiterschaft zeigte sich so würdig und entschlossen, daß die zweite Kundgebung, da die Regierung sich diesmal anständig zurückhielt, glänzend verlief. Aber ohne einen Prozeß geht es nicht. Am 27. Juli begann, am 30. Juli endete die Verhandlung gegen die 54 Arbeiter, die am 2. Juli nach Abhaltung einer unerlaubten Versammlung verhaftet worden waren. 35 der Angeklagten wurden wegen Aufstaus zu dreitägigem Arrest verurtheilt und die übrigen 19 freigesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt. So viel Lärm um nichts! Auf der Anklagebank saß das herrschende System, das schlichte Männer in Arbeiterkittel in seiner jämmerlichen Brandmarken. Unter dem Beifall der Zuhörer schilderte einer der Angeklagten, wie im höheren Auftrage das Militär auf die Bürger, die es unterhalten, Jagd gemacht und wie in Feindesland gehaust habe. Das ist der Kampf gegen den „gemeinsamen Feind“, von dem die „Post“ in Fieberphantasien rast. —

Die Wahlbewegung in Frankreich. Die Sozialisten haben bereits 100 feste Kandidaturen aufgestellt. —

Das Wahlergebnis für die Sobranje, die bulgarische Volksvertretung, ist jetzt ziemlich genau bekannt. Von den neugewählten 161 Abgeordneten gehören neun der Opposition an; unter ihnen befindet sich kein Führer der Opposition und kein ehemaliger Minister. —

Wohlfleher Ruhm, aber nicht billiger. Aus den „Vorberern“, die sie in Siam gepflückt, sucht die französische Regierung jetzt möglichst viel Kapital für die Wahlen zu schlagen. Der „Ruhm“ ist aber gar zu sadenscheinig, und die Franzosen haben in Tonkin gar bittere Erfahrungen gemacht und gelernt, daß die Vorberern, namentlich Kolonial-Vorberern, verwünscht theuer sind. Herr Dupuy wird sich deshalb in seinen Hoffnungen wohl getäuscht finden. —

Von „Revolutionen“ in Südamerika verlautet viel in allen Blättern. Zahlreiche Telegramme berichten von Aufständen, Schlachten, Bürgerkrieg in Brasilien, Argentinien u. s. w. Wir haben die Leser mit diesen Nachrichten verschont, denn dieselben sind entweder vollständig erlogen oder aufs tollste aufgebauscht. Und ob diese oder jene „Partei“ einmal über die andere einen blutigen oder unblutigen „Sieg“ davongetragen hat, ist für uns sehr gleichgiltig. Die neueste „Revolution“ wird aus Buenos Ayres in Argentinien gemeldet. Sie wird nicht epochenmachender sein, als die früheren. —

Parteinachrichten.

Partei Finanzen. Der Vertrauensmann für Brandenburg an der Havel veröffentlicht folgende Abrechnung für das erste Halbjahr 1898: Einnahme 597,63 M., Ausgabe 574,28 M., Bestand mithin 23,35 M. Unter den Ausgaben sind 297,03 M. Unterstützungen an Gemäßregelte mit aufgerechnet.

Zur Frauenbewegung. Die belgischen und holländischen Sozialistinnen haben zur Verteidigung der Rechte der Frauen des Volkes eine Liga, den „Holländisch-Belgischen Frauenbund“, errichtet und geben in Gent ein Monatsblatt „Die Frau“ heraus; die Gattin des holländischen Ingenieurs Van Kol und die belgische Sozialistin Glaesys leiten es. Die Liga hat ein Manifest erlassen, welches die belgische Liga für die Frauenrechte und alle Arbeiter auffordert, den für die Eröberung ihrer Rechte kämpfenden Frauen die Hand zu reichen.

Aus New-York wird uns geschrieben: Den Mittheilungen über die Verhandlungen des sozialistischen Parteikongresses habe ich noch nachzutragen, daß, im Gegensatz zu früheren Kongressen, in denen fast allen bedeutenden Aenderungen an der Konstitution vorgenommen worden waren, diesmal in dieser Richtung nichts Wesentliches geschah. Man hatte früher immer gemeint, der geringe Fortschritt unserer Sache beruhe in bedeutendem Maße auf der den amerikanischen Verhältnissen zu wenig angepassten Form der Konstitution und infolge dessen lag auf jedem Kongress eine Reihe Anträge vor, diesem — eingebildeten — Uebel abzuhelfen. Man ist aber nach und nach zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Ursache „tiefer“ liegt. Es ist auch die Hoffnung als eine Illusion erkannt worden, daß aus den englisch-amerikanischen Gewerkschaften heraus eine Arbeiterpartei entstehen und sich zu einer sozialistischen Partei entwickeln werde, und damit hat die Ueberzeugung Platz gewonnen, daß die Sozialisierung der amerikanischen Arbeiter nur durch die sozialistische Arbeiterpartei zu erwarten und zu vollbringen ist. Auf dem Buffaloeer Kongress 1887 wurde noch eine Resolution beschlossen, welche den Mitgliedern empfahl, wo immer eine oder mehrere Arbeiterparteien im Felde seien, diejenigen derselben zu unterstützen, welche die fortgeschrittenste sei; d. h. deren Programm und Prinzipien den unsern am nächsten kämen und die mindestens den Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern anerkennen. Diese Resolution hat der letzte Chicagoer Kongress aus dem Programm gestrichen. Heute herrscht Einigkeit darüber, daß diejenigen Arbeiter, welche so weit fortgeschritten sind, um den Klassenkampf in seiner vollen Bedeutung anzuerkennen, auch bereit sind, sich der sozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen, und daß Arbeiter, welche den Klassenkampf nicht verstehen und anerkennen, auch keine Partei bilden können, die den Namen einer Arbeiterpartei verdient.

Damit ist also auch gesagt — worauf ich bei mehreren Gelegenheiten hingewiesen —, daß die hier und da von gewerkschaftlichen Einzel- oder Zentralkörpern gefaßten Resolutionen bezüglich selbständiger politischer Aktion der Arbeiter nur dann Bedeutung haben können, wenn Klarheit darüber herrscht, in welcher Richtung diese Aktion wirksam sein soll. Inzwischen aber sind solche Kundgebungen als Zeichen zu begrüßen, daß die amerikanischen Arbeiter zu erwachen anfangen. Es kann daher auch kaum verwundern, daß die „konservativen“ Arbeiterführer es nicht verschmähen, Arm in Arm mit den anarchischen Führern gegenwärtig ihre Hauptthätigkeit nach der Richtung zu entfalten, die Ausbreitung des sozialistischen Einflusses — und manchmal in sehr schmutziger Weise — zu verhindern.

Es heißt, Gouverneur Altgeld beabsichtige die Herausgabe einer Broschüre, in welcher in ausführlicher Weise die Geschichte des „Anarchisten-Prozesses“ dargelegt werden solle. Er soll speziell ebedrückendes Material über die Thätigkeit der „Bürgerliga“ besitzen, welche s. Z. die Mittel zur Bestochung der Zeugen u. s. w. lieferte. Gary, der vorstehende Richter bei jenem Prozeß, dessen Amtstermin im Herbst abläuft, hat die Absicht ausgesprochen, sich wieder nominieren zu lassen. Ihm soll ein von Altgeld empfohlener Advokat entgegengesetzt werden, welcher demselben bei Bearbeitung des Prozeßmaterials behilflich gewesen. Gary ist Republikaner, doch ist seit den letzten Wahlen die demokratische Partei im Staate Illinois an der Spitze, und es fragt sich nun, was die Führer derselben beginnen werden. Obgleich wahrscheinlich werden wir bei dieser Gelegenheit einmal die „eine reaktionäre Masse“ beisammen sehen!

Noch sei bemerkt, daß bisher noch von keiner Seite aus nur der leiseste Versuch gemacht worden ist, die von Altgeld in seiner Begründigungs-Begründung angeführten Thatfachen zu bestritten.

Internationaler Sozialisten-Kongress, Zürich.

Um den Delegirten des Kongresses das Lesen ihrer gewohnten Blätter zu ermöglichen, ersuchen wir alle Expeditionen von Arbeiterblättern, während der Dauer des Kongresses und so viele Exemplare ihrer Zeitung zuzuführen, als sie glauben, daß dafür Nachfrage vorhanden sein wird.

Als Adresse dieser Sendungen genügt:

Internationaler Sozialisten-Kongress, Zürich.
Im Interesse des Kongresses hoffen wir auf Erfüllung unseres Gefühls.

Für das Organisations-Komitee:
Der Sekretär: Rob. Seidel.

NB. Um Abdruck wird gebeten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 1. August.
Friedrich-Theater. Rosmersholm.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Nanon.
Brok's Theater. Die Hugenotten.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Alexanderplatz-Theater. Keen, oder: Genie und Leidenschaft.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
Doppelpoststellung zu einfachen Preisen.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudens. Musik von Adolph Wiedekind. Ko-Operle von Lindorfer. Regie: M. Samst.
Raffensöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne: Aufführung von Einakter, sowie Auftreten von Spezialitäten I. Ranges.
Morgen: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.

Castan's Panopticum.

Riesen-Schlangen-Familie aus Carl Hagenbeck's Tierpark. Ohne Extra-Entree.

Passage-Panopticum.
Grösstes Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf. 4127L*

Schweizer-Garten.
Am Königsthor.
Haltestelle der Ringbahn.
Sonntag sowie täglich:
Extra-Vorstellung mit neuen Spezialitäten.

Garretton-Troupe.
Familie Grunath.
Gebr. Beyer u. f. w.
Theater-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Täglich:
Entree 30 Pf. Grosser Ball.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sängervom Bryll-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Armin-Hallen
Kommandantenstr. 20.
Für Sonntag, den 6. August, noch zwei Sätze zu vergeben. 1227b

Königl. Italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Dienstag, den 1. August:
Zum 25. Male:
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib durch die Jahrhunderte.
Große Ausstattung-Ballet-Pantomime in 3 Abtheilungen.
Inszenirt vom Dir. Ernesto Ciniselli.
Arrangirt und komponirt vom königl. italienischen Balletmeister Ant. Tignani.
Ferner Auftreten der vorzüglichsten Kunstreiter und Kunstreiterinnen, sowie Klowns und Spezialitäten allerersten Ranges. Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- u. Freizeitspferde vom Direktor.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Hippodrom unter Wasser. BERLINER HIPPODROM

Am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Heute:
Große Vorstellung.
Olympische Spiele, Damen-Jockey-Rennen, Herren-Flach-Rennen, Post mit je 4 Pferden geritten, Quadrige-Fahren u. c.
Neu! Original Three Johnson's. Athleten und Kraft-Jongleure, in dieser Vollenbung noch nie dagewesen!
Am Strande von Ostende. Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern von Arthur Fraunkel.
Susanne im Bade.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Mittwoch: Großer Reintag.

Victoria-Brauerei, Lützowstraße 111-112.
Garten resp. Saal.
Täglich (außer Sonnabends) Stettiner Sängervorstellung.
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonnt. 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf-Billetts Sonntags keine Gültigkeit.

Elysium
Landsberger-Allee 40-41.
Einige Sonnabende im Oktober und November sind noch frei u. beabsichtige ich, die Säle an Vereine zur Veranstaltung von Festlichkeiten bei solanten Bedingungen zu vergeben.
1205b
Eduard Koch.

Etablissement Buggenhagen.
Moriß-Platz.
Täglich: Gr. Garten-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Paterhofer Lagerbier, hell und dunkel.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.

Berliner Boxk.
Heute:
Großer Ringkampf zw. Heinrich Eberle (Schüler von Karl Abs) und dem von Karl Abs unbesiegten Will Hans.
Auftr. neuer Spezialität.
Entree 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Ostbahn-Park
am Rastriener Platz, (Hermann Jnds)
Rüdorsdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu u. sensationell: 3 Schwestern Perotti, Kunsttrabreiterinnen.
Emmy u. Reinhold Hintsche, Gesangs- u. Charakter-Quartettisten u. Volksbelustigung, jeder Art. 4 Regelparkbahnen z. Verfügung. Kaffeelücke geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Wer das glaubt, der ist verrückt!
Neuestes, urkomisch-sat. Skizzenbuch von R. Heise, Berlin N., Zionskirchstraße 11. Preis mit Klavierbegleitung 50 Pf. 1218b

Altes Schützenhaus,
Liniensstraße 5, empfiehlt seine Festfeste (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 7685

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Am 29. Juli hat ein zweiter Freiheitstämpfer das Licht der Welt erblickt.
1218b
G. Kaiser u. Frau.

Unserem Pfeifenbruder und Subditer **Freis Steuer** ein donnerndes Hoch zu seinem Geburtstag. Merkte wat? 1214b
Rauchklub Nothe Nelke.

Nach schweren Leiden ist am Sonntag Morgen unser liebes Töchterchen **Gertrud** sanft entschlafen. Dies zeigen schmerz-erfüllt an
4638L
Schöneberg. Johannes Kohlmann u. Frau Anna, geb. Etzien.

Dankagung.
Allen Freunden u. Bekannten, welche den Sarg unseres lieben Mannes u. Vaters so reich mit Kränzen schmückten, sowie für die vielen Beweise der Theilnahme unseren herzlichsten Dank. 1217b
Die tiefbetrübte Wittwe
Lina Klemmer nebst Kindern.

Für die erwiesene Theilnahme bei dem Tode meines in Neuzelle verstorbenen unvergesslichen Mannes, des Tischlers **Gustav Leopold**, sage ich den Kollegen besonders der Werkstätte **A. u. G. Schütze**, meinen besten Dank. 1229b
Die trauernde Wittwe.

Arbeiter
kauft nur Brot mit der Kontrollmarke der Bäckereiarbeiter.
Dasselbe ist von heute ab in folgenden Bäckereien zu haben:
W.
R. Hoffmann, Pallasstr. 7.
SW.
R. Fiedler, Alvenslebenstr. 12.
J. Walther, Körnerstr. 22.
S.
O. Knofus, Bergmannstr. 10, Eingang Hofstr. 28/14
M. Lukaszewski, Planufer 88.
A. Pleschma, Dresdenstr. 3.
O.
Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“
Am Ostbahnhof 3.
N.
Produktiv-Genossenschaft, Rylestr. 3.
Friedrichsberg.
M. Wolf, Kronprinzenstr. 26.
Achtungsvoll
Die Agitationskommission.
NB. Etwasige Meldungen sind an uns, nach Rylestr. 3, zu richten.

Adlershof.
Arbeiter-Bildungsverein
Öffentliche Versammlung
am Donnerstag, 3. Aug., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Schröder (Bühlstein's Anstalt).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Raffini über „Die arbeitenden Klassen Englands in sozialer und politischer Bedeutung“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
1226b
Der Vorstand.

Etablissement Süd-Ost
Waldemarstraße Nr. 75.
Zur Eröffnung meines Lokals lade ich hiermit Freunde und Gönner ergebenst ein.
Jeden Sonntag: **Saukränzchen.**
Anfang 5 Uhr.
Empfehle meinen 500 Personen fassenden Saal für Vereine u. Gewerkschaften, sowie zu Hochzeiten.
Einige Sonnabende sind noch zu haben.
Carl Ulrich, 4595L*
Restaurateur.

Restaurant Zur neuen Post,
Beuthstrasse 21.
Großer Frühstück- und Mittagstisch, reichhaltige Abendkarte.
Festsäle bis 1000 Personen zu Hochzeiten und sonstigen Festlichkeiten, Versammlungen. 4334L*
Veroinzimmer, Oktober u. Dezember sind noch einige Sonnabende u. Sonntage frei, an Wochentagen unentgeltlich.
Moritz Cohn.

Altes Schützenhaus,
Liniensstraße 5, empfiehlt seine Festfeste (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 7685

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Altes Schützenhaus,
Liniensstraße 5, empfiehlt seine Festfeste (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 7685

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Arbeiter-Bildungsverein
Öffentliche Versammlung
am Donnerstag, 3. Aug., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Schröder (Bühlstein's Anstalt).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Raffini über „Die arbeitenden Klassen Englands in sozialer und politischer Bedeutung“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
1226b
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 1. August,
in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47-49:
Versammlung. 240/17
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Köster. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Wahl eines Komitees zur Cassalle-Feier. 5. Verschiedenes und Fragelasten.
NB. Die nächste General-Versammlung des Vereins findet Dienstag, den 8. August, statt.
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.

Freitag, den 4. August, Abends 8 1/2 Uhr,
in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des 2. Vorsitzenden, des Kassiers und zweier Revisoren. 4. Anträge des Vorstandes: a) Zentralisation des Unterrichtes, b) Wegfall des Elementar-Unterrichtes, Anträge der Schul-Kommissionen. 5. Verschiedenes.
408/3
Der Vorstand.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin u. Umgegend.

Mittwoch, den 2. August, Abends 8 Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandantenstrasse No. 20:
Bereins-Versammlung. 411/10
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung! Charlottenburg! Achtung!

Donnerstag, den 3. August, Abends präzise 8 1/2 Uhr,
Grosse öffentliche
Kommunal-Wählerversammlung.
in Bismarckshöhe, Bismarckstr. 80.
Tages-Ordnung: Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen und ihre Bedeutung für die arbeitende Klasse. Referent: Goldarbeiter Faber (Berlin). 2. Diskussion.
Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ersucht um zahlreichen Besuch
421/11
NB. Am Dienstag, den 1. August, Abends von 7 Uhr ab, findet eine Verteilung von Handzetteln statt, wozu sämtliche Genossen dringend ersucht werden, sich rechtzeitig einzufinden.

Tischler-Verein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Stellvertreter des Kassiers, Herr P. Litschko, Langestr. 99-100, bis auf weiteres die Geschäfte übernommen hat. Sprechstunde des Abends von 8-9 Uhr.
331/16
Der Vorstand.

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel.

16. bis 22. August 1891.
Preis 20 Pf.
Angeichts des bevorstehenden Züricher Internationalen Kongresses, auf dem eine Reihe der in Brüssel behandelten Fragen ebenfalls zur Verhandlung kommen, wird diese nach den Berichten der Tagespresse angefertigte Zusammenstellung der Kongressdebatten dem in den Kreisen der Genossen lebhaft empfundenen Mangel eines offiziellen Kongress-Protokolls einigermaßen abhelfen.
Verlag des „Vorwärts, Berliner Volksblatt“.
SW., Beuthstr. 2.

Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner

Dranienstr. 63, I.
in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Silb. Cylinder-Remontoir 12,75 M. Massiv gold. Trauringe, 1 Dukaten 10,50 M., 1 1/2, Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M.
Grosse Berliner Schneider-Akademie.
Berlin C., Rothes Schloss Nr. 1. 3603L*
Grösste und einzige Fachschule, welche nach der verbesserten und vervollkommenen Methode des verstorbenen Herrn Direktors Rubin unterrichtet. Garantie für gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Auentheiliger Stellennachweis. Prospekte gratis. Empfehlenswerth: Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesammten Damenschneiderei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer 1.
Die Direktion.

Schlosspark Wilhelminenhof.

Station der Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Bahnhafion **Johanniethal.** Für Fußgänger auch von Sadowa in 30 Min. durch prachtvollen Laubwald zu erreichen. 4567L*
Beste Gelegenheit für Tages- und Nachmittags-Ausflüge.
Besonders geeignet für kleine und größere Gewerkschaften. Bei ungünstiger Witterung für ca. 3000 Personen sichere Unterkunft.
Fr. Dolinski.

Seifen-Geschäft.

Ein altes, gangbares Seifengeschäft ist verjüngt und spottbillig sofort abzugeben durch
Geinze, Holzhandlung,
Swinemünderstr. 143.
* Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Liniensstr. 149, 8-10, 5-7, Sonntag 8-10.
Dierzu eine Beilage.

Empfehle mein Geschäft in frisoaen Blumen und Kränzen. 3525 L
Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Tokales.

Auf die Erklärung des Brauerei-Verbandes empfehlen die Unterzeichner des Aufrufs in Nr. 173 des „Vorwärts“, daß der Vorstand der Spandauer-Brauerei nach wie vor aufrichtig zu erhalten ist. Die Zurückweisung der Behauptung des Ringes wird sofort nach der Sitzung, welche die beteiligten Kommissionen schon einberufen haben, erfolgen.

Im übrigen machen wir die Parteigenossen auf die am 3. d. M. in den Konordia-Festhallen stattfindende Versammlung, wozu auch die Herren Brauereibesitzer und Direktoren eingeladen sind, aufmerksam.

Die Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend im Einverständnis mit der Sozialkommission.
L. Lang, A. Steiner, Preuß. Wernau.

Von den Unterzeichneten geht uns folgende Erklärung zu: Mit Bezugnahme auf den im „Vorwärts“ vom 26. Juli c. enthaltenen Aufruf möchten wir hiermit anzeigen, daß wir bereits seit dem 1. Januar dieses Jahres aus der Vereinigung der Brauereien Berlins und Umgegend ausgeschieden und also schon seit dieser Zeit nicht mehr Mitglieder des genannten Vereins sind.

Ergebnis
Duméril u. Kahl,
Brauereibesitzer.

3. Wahlkreis. Parteigenossen! Die Passale-Fest für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis findet am Sonntag, den 27. August 1893, im Schützenhaus zu Schmargendorf statt. Wir werden den Genossen eine dem Tage entsprechende Feier gegen billiges Entree veranstalten und ersuchen für den Vertrieb der Billets, welche Ende dieser Woche zur Ausgabe gelangen, Sorge zu tragen. Im Anschluß hieran bitten wir Gefangene, welche mitwirken wollen, ihre Adresse an H. Pielcke, Kottbusser Ufer 60, zu senden.

Die Arbeiter-Bildungsschule eröffnet morgen, Mittwoch, einen neuen Kursus in materieller Logik und Einführung in die Wissenschaften, und wollen wir nicht verfehlen, die Genossen darauf aufmerksam zu machen. Der Unterricht findet statt in der Dtschule, Markussstr. 31.

Wie manche Fabrikanten ihre Autorität darin suchen, daß sie die Arbeiter nötigen, sich selbst rechtlos zu machen, sieht man aus folgendem Revers, der den betreffenden Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt wird. Derselbe lautet:

„Hiermit erkläre ich, daß ich mich den Bestimmungen der Fabrikordnung der

Deutschen Linoleum- und Wachsdruck-Kompagnie Rixdorf unterwerfe, und namentlich mit dem Paragraphen, wonach eine gegenseitige Kündigung nicht stattfindet, einverstanden bin; auch werde ich etwaigen anderweitigen Bekanntmachungen stets Folge leisten. Die vielleicht zur Straffe gezahlten Gelder will ich nicht zurückverlangen, habe für Arbeit, die meine Vorgesetzten nicht als gut anerkennen und willige dazwischen, daß mir an meinem Lohn entsprechende Abzüge gemacht werden.“

Die Arbeiter, welche solche Revers unterschreiben, thun es durch die Noth gezwungen; die Unternehmer aber dürfen sich nicht wundern, wenn bei günstiger Arbeitelage die Arbeiter auf den Revers pfeifen und dem Unternehmer die Arbeitsbedingungen diktiert. Bei solchen Reversen kommt dem Arbeiter das Wort zum Bewußtsein, daß zwischen ihm und dem Arbeitgeber nicht von Recht, sondern nur von Gewalt die Rede sei.

In dem Wohlwollen der Unternehmer gegenüber ihren Angestellten, von dem so häufig von Ersteren gefaselt wird, bringt das „Korrespondenzblatt der Geschäftsdienerschaft“ in seiner letzten Nummer eine prächtige Illustration, die verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Anerkennung! Der Hausdiener Joseph Gimmel war Jahre lang im Tuchgeschäft von Lachmansky und Marx thätig. Gimmel, ein solider Mensch und braver Familienvater, gehörte zu denen, die wenig Bedürfnisse haben und immer zufrieden sind. Er kannte nur das eine Bestreben, seine „Chefs“ zufrieden zu stellen. Da gab es keine Essenszeit, keine Ruhepause, kein Feierabend, ob Tag, ob Nacht, Joseph war immer auf dem Posten. „Erst muß ich meine Arbeit machen“, war seine Parole und so ist er auch in der Ausübung seiner „Pflicht“ gestorben; ein Gehirnschlag machte plötzlich seinem Leben ein Ende. Frau und drei Kinder (im Alter von 7 Jahren, 2 Jahren und 8 Monaten) blieben gänzlich mittel- und hilflos zurück. Hillos? Die Hinterbliebenen eines so ordentlichen Hausdieners hilflos? Wo bliebe denn da „das gute Einvernehmen“ und „das gegenseitige Interesse“? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. So lange der Arbeiter sich schinden und plagen kann, aber auch nur solange, bringt ihm der Arbeitgeber ein gewisses Interesse entgegen, wenn er aber nicht mehr kann, sein Körper ausgezehrt ist, dann ist er, ganz gleich, wie lange er sich für seinen „Chef“ abgerackert hat und wie sehr er auch tüchtig war, einfach überflüssig und wird wie jeder andere abgenutzte Gebrauchsgegenstand bei Seite geworfen. So steht es mit der Unternehmer-Moral. Frau Gimmel erhielt nach dem Ableben ihres Mannes seitens der Firma einfach den letzten verdienten Wochenlohn ausbezahlt und damit basta. Doch nein, die Frau besorgte gleichzeitig die Reinigung der Geschäftswäsche (Handtücher). Acht Tage nach dem Tode Gimmels lieierte sie die 3 noch gewaschenen Handtücher ab, die Gelegenheit benutzend, den Inhaber zu bitten, — da doch „Joseph“ immer so sehr fürs Geschäft „getrebt“ und die Herren so sehr mit ihm zufrieden waren — die Vormundschaft über die verwaisten Kinder, die Witwe, ganz allein und verlassen sei, zu übernehmen. Ein — „Nein“ war die Antwort, — aber etwas Gutes that der Herr doch: „Hier, Frau Gimmel, haben Sie — 15 Pf. für 3 Handtücher waschen. Adieu.“

Wer spart? Wer kann sparen? — Natürlich der Kleine Mann, vor allem der Arbeiter! Wer sonst? Der Arbeitgeber etwa? — Nicht ganz so, aber beinahe so lautet die Antwort der bestehenden Klasse auf die obige Frage. Für Berlin wird dem, der's nicht glauben will, der „blühende“ Zustand der Berliner städtischen Sparkasse entgegengehalten, und er wird darauf hingewiesen, daß bei dieser Sparkasse der Kleine Sparer am meisten beteiligt ist. Der Zustand der städtischen Sparkasse ist nun freilich in den letzten Jahren keineswegs ein „blühender“ gewesen. Die Einzahlungen zeigten längere Zeit eine bedenkliche Abnahme, die Rückzahlungen dagegen eine noch bedenklichere Zunahme. Aber im Jahre 1892 haben sich Einzahlungen und Rückzahlungen wieder um ein wenig günstiger gestaltet. Der Verwaltungsbericht des Magistrats über die Sparkasse konstatiert es mit Genugthuung. Er giebt auch die Ursache dieser Wandlung zum Besseren an: „Die Ver-

änderungen, welche sich im Jahre 1892 auf dem Geldmarkt vollzogen haben und sich zu einem Theile in einer wesentlichen Erhöhung der Kurse der Wertpapiere bekunden, sowie die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind auf den Verkehr in der Sparkasse nicht ohne Einfluß geblieben.“ Freue dich also, „Kleiner Sparer“! Es geht dir wieder besser — es muß dir besser gehen, auch wenn du nichts davon merkst!

Ja, wo steckt denn eigentlich der „Kleine Sparer“? — Ob er überhaupt existirt, anderswo existirt als in der Phantasie der Bourgeoisie, das ist noch nicht erwiesen, und die berühmte Spar-Anne des Herrn Eugen Richter wird hoffentlich Herr Richter selber nicht als einen „Beweis“ dafür ansehen wollen. So viel erscheint aber sicher, daß in Berlin der „Kleine Mann“ bei der städtischen Sparkasse nur in ganz bescheidenem Umfange beteiligt sein kann.

Der Verwaltungsbericht giebt darüber zwar keinen direkten Aufschluß. Man kann sich aber doch aus den dort mitgetheilten summarischen Zahlenangaben ein ungefähres Urtheil darüber bilden. Im Jahre 1892 wurden insgesamt (wir runden die Zahlen ab) 33 000 000 M. Ersparnisse in zusammen 459 000 Fällen eingezahlt. Die Vertheilung der Fälle wie der Beträge auf die einzelnen Monate ergibt ein sehr deutliches Maximum im ersten Monat jedes Quartals. Im zweiten Monat zeigt sich jedes Mal eine bedeutende Abnahme, die dann meist im dritten Monat noch weiter fortschreitet. Diese Erscheinung tritt, wie gesagt, in jedem Quartal auf. Im ersten Quartal (Januar, Februar, März) waren die Einzahlungen hinsichtlich der Zahl der Fälle wie der Beträge durchgängig bedeutend höher als in den drei anderen Quartalen, so daß das Maximum dieses Quartals, der Januar, zugleich das Maximum des ganzen Jahres bildete. Es ergibt sich also die entschieden merkwürdige Thatsache, daß in demjenigen Quartal und insbesondere in demjenigen Monat, welche für den „Kleinen Mann“ die ungünstigsten sind, bei der Sparkasse gerade die meisten Sparer erschienen sind und die höchsten Beträge eingezahlt haben.

Die folgende Uebersicht möge diesen Widerspruch noch näher veranschaulichen:

	Fälle	Betrag in Mark
Januar . . .	61 815	4 208 969
Februar . . .	44 618	3 073 342
März . . .	36 186	2 436 596
April . . .	36 876	2 853 883
Mai . . .	31 578	2 410 127
Juni . . .	31 740	2 411 194
Juli . . .	42 798	3 214 693
August . . .	33 447	2 433 830
September . . .	32 888	2 212 896
Oktober . . .	42 324	3 096 999
November . . .	34 834	2 568 338
Dezember . . .	30 500	2 142 902

Die Frage: „Wer spart eigentlich?“ gewinnt dadurch ein erhöhtes Interesse. Der „Kleine Mann“ kann danach zum mindesten nicht der Hauptsparer sein. Er kann überhaupt nicht als ausschlaggebender Sparer betheiligt sein, denn sonst könnte der erste Monat jedes Quartals nicht ein so viel höhere Ziffer aufweisen, und das erste Quartal des ganzen Jahres müsste sogar bedeutend niedrigere Ziffern aufweisen. Der Verwaltungsbericht gruppiert die Einzahlungen auch nach Stufen. Diese Gruppierung ergibt, daß sich die Quartals-Maxima und das Jahres-Maximum bei den Einzahlungen von 1—21 M. und von 21—61 M. an genau beiseiten und bei den Einzahlungen von 61—151 M. und von 151—301 M. im allgemeinen an derselben Stelle befinden, während erst bei den Einzahlungen über 301 M. die Abweichungen merklicher werden. Also kann der „Kleine Mann“ nicht einmal bei der untersten Stufe, die die kleinsten Einzahlungen umfaßt, der Hauptsparer oder auch nur ausschlaggebender Sparer sein. Da diese merkwürdige Erscheinung aber nicht bloß im Jahre 1892, sondern, von unwesentlichen Abweichungen abgesehen, auch früher nachzuweisen ist, so muß man sich in der That ernstlich fragen: „Wo steckt hier der Kleine Sparer?“

Das Hervortreten des ersten Monats im Quartal deutet darauf hin, daß bei der städtischen Sparkasse nicht der Arbeiter oder der Unterbeamte den Ausschlag giebt, sondern der mittlere Beamte, der sein Gehalt quartalsweise bekommt, der größere Handwerker, dem der Beamte quartalsweise die Rechnungen bezahlt, wohl auch der Besitzer besserer Miethshäuser, welcher quartalsweise die Mieten einzieht. Das Hervortreten des ersten Quartals im Jahre dürfte vielleicht auf ähnliche Umstände zurückzuführen sein. Viele Handwerker senden ihre Rechnungen nur zu Neujahr und erhalten im Laufe des ersten Quartals Bezahlung.

Immerhin wird auch der „Kleine Mann“ bei der Sparkasse betheiligt sein, aber sicherlich nur im allerbescheidensten Umfange. Da er nicht gleich Beträge von 21 M. an auf einem Brett bezahlen kann, so kommen für ihn nur die Einzahlungen von 1—21 M. in Betracht. Davon hatte das Jahr 1892 aber nur 154 000 Fälle im Betrage von 1 800 000 M. Auf jeden Fall kamen im Durchschnitt beinahe 12 M., während das Mittel zwischen 1 und 21 M. 11 M. beträgt. Folglich müssen mehr als die Hälfte jener 154 000 Fälle auf Beträge über 11 M. und der kleinere Rest auf Beträge unter 11 M. gefallen sein. Wieviel thätiglich auf die Beträge unter 11 M. oder auf die noch kleineren Beträge von 6,3 oder 1 M. kamen, sagt der Bericht nicht. Um solche kann es sich aber allein handeln, wenn der „Kleine Mann“, vor allem der Arbeiter einmal etwas zurücklegt. Selbst wenn man bis zu 11 M. hinaufgehen wollte, so kämen immer noch nicht 77 000 Einzahlungen im Gesamtbetrage von weniger als 900 000 M. heraus. Rund 1 Million, das dürfte also etwa die Summe sein, die der „Kleine Mann“ in Berlin im Jahre 1892 bei der städtischen Sparkasse deponirt hat. Und wem gehörte der Rest von über 32 Millionen? — Die Frage beantwortet sich von selbst.

Der Eisenbahnminister hat auch auf die zweite, in Sachen der Monatskartenreform und anderer Verkehrsfragen an ihn gerichtete Eingabe des Berliner Vorort-Vereins einen in allen Punkten ablehnenden Bescheid ertheilt. Unter anderem hatte der genannte Verein sich darüber beschwert, daß nicht selten durch Funken der vorüberfahrenden Lokomotiven Waldbrände entstehen. In der Antwort des Ministers wird ausgeführt, die Bahnverwaltung habe seit längerer Zeit umfassende Maßregeln zur möglichen Verhütung derartiger Brände getroffen. Wenn bei der abnormen Trockenheit dieselben eingetreten seien, so könne dieser Ausnahmestand keine Veranlassung bieten, von bewährten Einrichtungen abzugehen und Maßregeln zu treffen, welche einen außerordentlichen und unverhältnismäßigen Kostenaufwand erfordern würden.

Weihnachtsgratifikationen. Bezüglich derselben hat die Kammer II des Berliner Gewerbegerichts in einer ihrer letzten Sitzungen entschieden: „Weihnachtsgeschenke, welche den Angestellten irgend eines Betriebes gemacht werden, sind nicht als eigentliche Geschenke zu betrachten, sondern als ein Lohnzuschlag oder eine Lantime, was bereits schon in den Arbeitsbedingungen ausbedungen werde; insolge dessen ergebe sich für den Arbeitgeber nicht das Recht, derartige Gratifikationen zurück zu verlangen.“

Der beklagte Arbeitgeber wurde verurtheilt, daß vom Lohn in Abzug gebrachte Weihnachtsgeschenke herauszuzahlen und obendrein die Kosten zu tragen.

Eine Petition des Berliner Thierschuhvereins vom 13. April 1893 an das hiesige Polizeipräsidium gelangt aus einem Schlachterorgane zu unserer Kenntniß. Der Thierschuhverein glaubt, daß der Abrackering gebrechlicher Käufer am besten ein Ziel gesetzt werde, wenn der Gebrauch des Pferdefleisches als Nahrungsmittel allgemeiner würde. Beklagt wird, daß das Pferdefleisch bei der Arbeiterbevölkerung, und zwar mit durch die Schuld der Arbeiterpresse, auf zähen Widerstand stöße. Das Vorurtheil gegen den Genus von Pferdefleisch könne mit Aussicht auf Erfolg nur unter den gebildeten Klassen der Bevölkerung bekämpft werden. Diesen müsse dasselbe zugänglich gemacht werden, was aber durch die Polizeiverordnung vom 30. August 1887 erschwert werde. Nach dieser Verordnung dürfen an Stellen, an denen Pferdefleisch verkauft wird, andere Fleischwaren weder aufbewahrt oder gelagert noch in einer anderen Weise in den Verkehr gebracht werden. Durch diese Vorschrift werde der Vertrieb des Pferdefleisches außerordentlich erschwert, weil Geschäfte, die im Kleinhandel nur Pferdefleisch liefern, die wechselnden Bedürfnisse des Kundenkreises nicht befriedigen und sich in den besseren und daher theueren Lagen der Stadt nicht halten können. Es wird daher die Aufhebung dieser Verordnung verlangt.

Die Bestrebungen der Thierschuhvereine sind ja recht anerkennenswerth; aber die Vereine sollten sich doch fragen, ob nicht die Menschen auch eines gewissen Schutzes bedürfen, daß sie nicht Gefahr laufen, statt des theuren Rindfleischs, für das sie nun einmal eine Vorliebe haben, minderwerthiges Pferdefleisch gegen das sie ein Vorurtheil haben zu erhalten.

Von der Strompolizei aus dem Fluthgraben vor dem Schlessischen Thor gezogen wurde am Sonntag Morgen um 7 1/2 Uhr die Leiche eines etwa vierzigjährigen Mannes mit dunkelblondem Haar und röthlichem Schnurrbart. Zur Persönlichkeitsfeststellung mag dienen, daß der Unbekannte, der mit dunkeltem Raumpommes und Weste, wie mit einem englisch ledernen Weinkleid angehan war, außer einer Brille und einer geringfügigen Summe Geldes mehrere Marken bei sich führte, die anscheinend aus einer Gastwirthschaft herrührend und den Namen J. Hoppe trugen.

Heber einen räthselhaften Mordversuch im Grunewald wird uns berichtet. Am Sonntag vor acht Tagen sprachen zwei junge Herren, von denen der eine sich J. a. r. i. a. s. nannte, auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhof zwei junge Mädchen, Verkäuferinnen in einem Geschäft in der Grünstraße, an und machten mit ihnen sodann einen Ausflug nach Halensee. Zacharias wiederholte den Ausflug am Donnerstag mit dem einen der Mädchen, der 23jährigen Dora, welche, schon seit mehreren Jahren verwaist, in der Gütchinerstraße wohnt. Am Freitag Morgen fand sich Zacharias, sehr aufgeregt, wieder bei der Dora ein und erklärte ihr, daß sein Vater ihm wegen seines langen Ausbleibens Vorwürfe gemacht habe; er knüpfte daran die Bitte, die Dora möchte nicht in das Geschäft gehen, sondern mit ihm, der Zerstreung nöthig habe, einen Ausflug nach dem Grunewald unternehmen. Die Dora ließ sich überreden. Am Sonnabend früh gegen 7 Uhr erschien sie blutüberströmt in der Wohnung ihrer Wirthschafterin; sie hatte eine Schußwunde in der linken Brustseite und eine an der linken Stirn. Da sie Wundfieber hatte, wurde sie in eine Privatklinik in der Alexandrinerstraße gebracht. Sie giebt über die Ursache ihrer Verletzungen die folgende Auskunft: Zacharias habe sie durch den Grunewald geführt bis gegen Neu-Wabelsberg. Als es zu dunkeln begann, habe er plötzlich einen Stockbogen gezogen, dann einen Revolver aus der Tasche hervorgeholt und ihr zugerufen: „Emilie, Du mußt sterben, weil auch ich in den Tod gehen will.“ Zacharias habe die zwei Schüsse auf sie abgegeben, worauf sie bewußtlos zusammenbrach. Nach ihrem Erwachen habe Zacharias in seinem Blute neben ihr gelegen, seine Hand, die bereits eiskalt gewesen sei, habe ihr linkes Handgelenk umfaßt. Sie habe die Hand gewaltsam geöffnet und sei bis zur nächsten Bahnstation (Neu-Wabelsberg) gerannt, von wo sie die Eisenbahn nach Berlin benutzt habe. — Von anderer Seite wird mitgetheilt, daß der junge Mann der 18jährige Sohn des Redakteurs Dr. Zacharias war, der bei einem hiesigen Baumeister als Volontär thätig war. Da bei dem Todten weder der Revolver noch dessen Uhr, sowie eine größere Geldsumme, die er bei sich getragen haben soll, gefunden wurde, so dürfte eine Beraubung des Leichnams stattgefunden haben.

Erhängt aufgefunden wurde am Sonntag früh bei in der Volkbringerstr. 22 wohnende Rentier Steinhilf, ein 70jähriger Mann, welcher schon seit Jahren an einem unheilbaren Leiden litt. In Bezugweilung über seinen unglücklichen Zustand benutzte der alte Mann die augenblickliche Abwesenheit seines Krankenträgers, um sich den Tod zu geben.

Reich an Unfällen war der letzte Sonnabend. Zunächst fand ein Schuhmann des 32. Polizeireviere vor dem Hause Röhower Ufer 24 den wohnungslosen 37 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Neugebauer in hilflosem Zustande auf. Drei Stunden später trug ein Schuhmann des 14. Polizeireviere vor dem Hause Röhstraße 15 einen unbekanntem Mann auf der Straße liegend und anscheinend krank an. Beide Personen sind einem Krankenhaus zugeführt worden. Am Abend war der Aderstrasse 160 wohnende 35 Jahre alte verheiratete Kollaticher Wilhelm Amboß in der Geldschrankfabrik Javalidenstraße 140 mit dem Abladen eines 15 Zentner schweren Geldschrankes beschäftigt, wobei ihm dieser auf den linken Fuß fiel, der arg zerquetscht wurde. Unter wiederholten Ohnmachtsanfällen wurde Amboß mittels Drofsche der Charite eingeliefert. Am schlimmsten daran war der 52 Jahre alte Arbeiter Johann Heden, der in der Postoderstraße 23 wohnt, und um 9 Uhr Abends durch einen Beamten des 57. Polizeireviere, vor dem Hause Müllerstraße 77 auf dem Strahndamm liegend mit schweren Verletzungen betroffen wurde. Er wurde nach der Charite gebracht, wo festgestellt wurde, daß er wahrscheinlich in angetrunkenem Zustande von einem schwerbeladenen Steinwagen überfahren worden war. Der rechte Fuß war ihm fast vollständig abgefahren und machte einen sofortigen operativen Eingriff nothwendig. Der Führer des Wagens hatte es fertiggebracht, den Verletzten in jener menschenleeren Gegend sich selbst zu überlassen und davonzufahren.

In Woltersdorf bei Rudowalde hatte ein Berliner Jagdpächter nach beendeter Jagd sein geladenes Gewehr in sein bei dem Hausbesitzer Rende gemiethetes Zimmer gestellt. Nachdem sich der Jagdpächter entfernt, ergriff am Sonnabend Abend 8 Uhr der etwa 15jährige Sohn des Rende das Gewehr und legte durchs Fenster auf seinen etwa 7 jährigen Bruder an. Ein Schuß trachte und der Kleine lag mit geschmettertem Kopfe am Boden.

Die Leichen von drei ertrunkenen Personen wurden am Freitag im Müggelsee aufgefunden. Am Donnerstag badeten die 14- bezw. 15jährigen Lehrburschen H. und G. aus Friedrichs-

Berg in dem See, wobei H. im Rohr unterging und ertrank. Sein Vater ließ die Stelle durch Fischer absuchen, und hierbei zogen dieselben kurz hintereinander die in völliger Verwesung befindlichen, zur Unkenntlichkeit entstellten Leichen von zwei Männern hervor; später wurde auch der ertrunkene Knabe aufgefunden. Die beiden Unbekannten, welche mutmaßlich im Winter im Eise eingetroffen sind, mußten sofort begraben werden. Ferner ertrank am gestrigen Sonntag im Müggelsee ein etwa 50jähriger Mann, welcher in einem Ruderboot fuhr, ein Ruder war ihm in das Wasser gefallen, der Mann bog sich über den Rand des Rahms und stürzte hierbei über Bord.

Bei der Arbeit verunglückt. Am Donnerstag, den 27. Juli, fiel der beim Maurermeister Paul beschäftigte Bager Traugott Otto auf den Bauten des Schöneberger Terrains am Bahnhof bei Aufstellung eines Gerüsts von einer Höhe von 6 Metern herab, wobei er sich den Arm brach und schwere Verletzungen am Kopfe davontrug, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Verichtigung. Der Wirth Kersten, Fruchtstraße 26, nimmt kein Bier von der Spandauerberg-Brauerei, sondern der Bierverlag von Robert, Fruchtstr. 26.

Polizeibericht. Am 29. v. M. Mittags machte ein Mädchen in seiner Wohnung, in der Wlucherstraße, den Versuch, sich durch den Genuß von Brennspritus zu tödnen. Nach Anwendung von Gegenmitteln wurde es nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Auf dem Neubau Vlogauerstr. 29 fiel ein 5jähriger Knabe von dem ersten Stock bis in den Keller hinab und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — In ihrer Wohnung in der Hollmannstraße wurde eine Frau erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Müllerstr. 79 wurde ein Arbeiter durch einen Arbeitswagen überfahren und erlitt eine so bedeutende Quetschung des Unterschenkels, daß er nach der Charities gebracht werden mußte. — Am 30. v. M. Morgens wurde vor dem Hause Barnimstr. 46 ein Knabe infolge eines Streites mit einem Bildhauer von letzterem mit einem Messer in den Hinterkopf gestochen und anscheinend bedeutend verletzt. — Im Flutgraben wurde früh die Leiche eines unbekannt, etwa 40 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Vormittags drohte der obdachlose Schlosser Berger auf dem Arkanaplatz ohne jede Veranlassung einen Schuhmann mit einem Taschenmesser. Als der Schuhmann zur Eirung des Berger schritt, setzte ihm dieser thätlichen Widerstand entgegen, so daß er von seiner Waffe Gebrauch machen mußte. Berger wurde dabei am Arm und an der Schulter unbedeutend verletzt. — Nachmittags schlug ein obdachloser Arbeiter in dem Wäckerladen des Hauses Kottbuserdamm 12 muthwillig eine große Fenster Scheibe und verletzte sich so bedeutend an der Hand, daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — In der Nähe der Weidenbammerbrücke fiel Nachmittags ein Arbeiter während der Kahnfahrt in die Spree, wurde aber, ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und nach seiner Wohnung gebracht. — Vor dem Hause Wilschinerstr. 80/81 wurde Abends ein 7jähriges Mädchen, als es den Fiehhund seines Vaters, welcher von einem anderen Hunde gebissen wurde, befreien wollte, von letzterem in den Arm gebissen und umgeworfen. Es erlitt dabei bedeutende Verletzungen am Arme und am Hinterkopfe. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde das Mädchen nach der elterlichen Wohnung gebracht. — Am 29. v. M. fanden zwei kleine Feuer statt.

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht. Kammer VI. Der Hausdiener Hoffmann mußte mit seiner Entschädigungsfrage — er ist ohne vorüberige Kündigung entlassen worden — gegen den Restaurateur Bruno Schmidt abgewiesen werden, da letzterer dem Gericht ein Buch vorlegte, worin der Kläger eigenhändig attestiert hat, daß er kein Gehalt bis zum Tage seines Wegganges erhalten habe und keine Ansprüche mehr an Schmidt bestehe.

Gegen Herrn Grünwaldt, Besitzer des Etablissements Friedrichshof, klagt dessen ehemalige Vierklasslerin, Fräulein Kilian, auf Zahlung einer Entschädigung; sie ist ohne Kündigung entlassen worden. Der Beklagte glaubt damit im Recht gewesen zu sein, weil, wie er behauptet, die Klägerin ihr Amt unordentlich versehen habe. Sie soll Bier ohne Zahlung und Kontrolle an die Kellner gegeben und bisweilen auch die Kasse verlastet haben. Der Gerichtsvorsitzende macht den Beklagten darauf aufmerksam, daß die vorgedachten Gründe nicht zu denen gehören, welche nach dem Paragraph 123 der Gewerbeordnung zur sofortigen Entlassung Angehöriger berechtigen. Hierauf überreicht der Beklagte dem Gerichtshof einen Revers, welchen die Klägerin unterschrieben hat; es sieht darin, daß sie keine Forderungen an Herrn Grünwaldt mehr habe. Als Fräulein Kilian das Schriftstück vorlesen hört, klagt sie und bricht in den Ausbruch aus, daß sie eine Falle sei. Sie habe beim Unterschreiben angenommen, ihr Verzicht auf weitere Forderungen beziehe sich nur auf die Invaliditätsversicherung und ähnliches; diese Illusion sei durch den Buchhalter des Beklagten in ihr erweckt worden, gelesen habe sie nicht, was sie unterschrieb. Der Vorsitzende macht die Klägerin auf das Leichtsinngige ihrer Handlungsweise aufmerksam; sie habe sich ihres Rechtes dadurch beraubt. Er versucht, einen Vergleich anzubahnen. Nach vielem Zureden und langem Sträuben willigt die sehr erregte Klägerin in einen Vergleich auf 25 M. Als sie unterschreiben soll, weigert sie sich dessen plötzlich. Sie wolle den Buchhalter verklagen, denn man habe ihr eine Falle gestellt, ist ihr letztes Wort. Der Gerichtshof mußte infolge der Existenz jenes Reverses die Klägerin abweisen.

Lehrreich ist ein Prozeß, den verschiedene Arbeiter gegen einen bekannten Speiditeur angestrengt hatten. Das Klageobjekt war ziemlich unbedeutend und kaum eines Rechtsstreites werth; für den Arbeitgeber handelte es sich hier aber um eine Prinzipialfrage; er wollte eine Entscheidung des Gewerbegerichts nur deshalb veranlassen, um zu sehen, wie er sich in Zukunft zu verhalten habe. — Die Kläger hatten bei dem besagten Speiditeur an einem Tage Getreide abgeladen, und behaupteten, seinen Lohn dafür erhalten zu haben. Der Beklagte leugnete diese Behauptung nicht, meinte aber, er habe die Kläger gar nicht zur Arbeit engagiert. Letzteres sei Sache des Vorarbeiters, der auch von der Firma das Geld für die klagenden Arbeiter in Empfang genommen habe. Die Kläger hätten sich deshalb an den betreffenden Vorarbeiter und nicht an die Firma zu halten. Von dem betrunkenen Vorarbeiter, meinten die Kläger, sei nichts zu erlangen gewesen; derselbe habe ihnen erklärt, sie möchten ihr Geld von der Polizei holen. Das Gewerbegericht entschied, daß der Beklagte sich u. d. g. sei, die Kläger zu befriedigen. Der Arbeitgeber müsse dafür Sorge tragen, daß die Arbeiter, welche für ihn thätig sind, ihren Lohn erhalten. Erweise sich der Vorarbeiter als unzuverlässig, so habe den Schaden lediglich der Arbeitgeber zu tragen.

Der Prozeß Sander wider Eisenbleter, über den wir kürzlich berichteten, wurde am 28. vor der Kammer IV zu Ende geführt. Sander hatte sich befänglich, wie auch ein Kollege von ihm, an verschiedenen Mädchen für rückständigen Lohn schuldig gehalten. Im vorigen Termin war beschloffen worden, durch Vernehmung zweier Zeuginnen darüber Beweis zu erheben, ob Eisenbleter dem Kläger gestattet hat, eine Toilettenkommode zu verkaufen, welche zu den von dem Kläger als Pfand mit Beschlag belegten Möbeln gehörte. Die Aussage der Zeuginnen fiel zu gunsten des Klägers aus, welcher auf Zahlung einer Entschädigung wegen unrichtiger Entlassung klagte und außerdem rückständigen Lohn beanspruchte. Eisenbleter wurde verurtheilt, 68,50 M. zu zahlen.

Dem Verger über die Verleumdungen durch die Militärzüge hatte der Hausdiener Albert Gehrke zu deutlichen Ausdruck gegeben und sich deshalb wegen Beleidigung von Mitgliedern der bewaffneten Macht vor der 131. Abtheilung des Schöffengerichts zu verantworten. Gehrke schob eines Tages seine Handwagen durch die Chausseestraße. Er mußte eine Kompagnie Soldaten, die hinter ihm ging, Platz machen. Er hat es widerwillig erst nach mehrmaliger Aufforderung des die Truppe führenden Unteroffiziers. Dann hielt Gehrke sich aber mit seinem Wagen in gleicher Höhe mit den Soldaten, wobei er sich in absälligen Redensarten über das Militär erging. Die Soldaten überhörten eine Zeit lang diese Neußerungen, als der Angeklagte sie aber direkt beschimpfte, wurde er einem Schutzmann übergeben. Der Staatsanwalt hielt es für besonders erschwerend, daß der Angeklagte selbst Soldat gewesen sei, er beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Das Gericht belieh es wegen der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten bei 30 M. Geldstrafe.

Eine interessante Vorgeschichte hat ein Beleidigungsprozeß, der am Sonnabend vor der achten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinanz zur Verhandlung gelangte. Vor reichlich 20 Jahren lebte in Rheinsberg der praktische Arzt Dr. Neuhaus. Sein Eheleben, sowie seine sonstigen Verhältnisse gestalteten sich höchst ungünstig, es kam zu einem Scheidungsprozeß und da Dr. Neuhaus außerdem mit Schulden zu kämpfen hatte, verließ er Rheinsberg. Er war lange Zeit nicht zu finden, das Urtheil in seinem Scheidungsprozeß konnte ihm ebenso wenig zugestellt werden, wie andere gegen ihn ergangene Urtheile. Die Frau Dr. Neuhaus, welche ihrem Ehemann ihr ganzes Vermögen anvertraut hatte, gerieth in eine höchst bedrückte Lage, da sie wegen der Unauffindbarkeit ihres früheren Ehemannes die ihr gerichtlich zugesprochene Unterstützung nicht geltend machen konnte. So vergingen viele Jahre. Als vor etwa drei Jahren das Eisenbahn-Unglück bei Mönchstein sich ereignete, wurde in den Schilderungen auch ein Dr. Neuhaus erwähnt, der den Verunglückten thätkräftige Hilfe geleistet. Der Rechtsbeistand der Frau Dr. Neuhaus, der Rechtsanwalt Kuh in Rathenow, kam auf den Gedanken, daß der erwähnte Dr. Neuhaus mit dem Gesuchten gleichen Namens identisch sei. Diese Vermuthung wurde durch die angestellten Ermittlungen bestätigt. Dr. Neuhaus hatte nach seinem Weggang aus Rheinsberg ein wechselvolles Leben geführt. Er war Schiffsarzt auf einem Hamburg-New-Yorker Dampfer gewesen und war dann wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurtheilt worden. Dann hatte sich das Schicksal des Dr. Neuhaus günstiger gestaltet. Er war zu Amt, Ehren und Vermögen gelangt. Seit Jahren bekleidete er eine Stelle als Arzt bei der deutschen Botschaft in Rom, er hatte den Titel „Sanitäts-Rath“ und vom deutschen Kaiser einen Orden erhalten, an einem der schweizer Seen besaß er eine hübsche Villa. Nun ging Rechtsanwalt Kuh von neuem gegen den Schuldner vor. Dieser erhob Einwände und suchte die Rechtsgiltigkeit der gegen ihn geltend gemachten Ansprüche an Rechtsanwalt Kuh nach Veranlassung, sich bei dem auswärtigen Amt nach dem Schuldner zu erkundigen, er legte dessen Vergangenheit klar, wobei er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß Sanitätsrath Dr. Neuhaus eine Stelle als Botschaftsarzt in Rom erhalten habe. Wegen dieses Schreibens strengte Dr. Neuhaus die Privatbeleidigungsklage gegen Rechtsanwalt Kuh an. Das Schöffengericht wies den Kläger kostenpflichtig ab und die Berufungsinanz bestätigte das erste Urtheil.

Ein Unglücksfall im Urania-Theater beschäftigte gestern die zweite Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Das Aufschieben und Niederlassen des Vorhanges während der Vorstellungen wurde in diesem Frühjahr von dem 14jährigen Knaben Rudolph besorgt. Um ein schnelleres Herabfallen des Vorhanges zu bewirken, war an beiden Enden der unteren Stange ein Eisengewicht angebracht worden. Dieselben waren mittels Draht befestigt. Als Rudolph den Vorhang am Abende des 13. März d. J. hochgezogen hatte, fiel das Gewicht, welches über ihm hing herunter und ihm ins Gesicht. Er erlitt schwere Verletzungen an einem Auge und der Nase und mußte längere Zeit im Krankenhaus zubringen. Sein Gesicht ist bleibend verunstaltet. Für diesen Unglücksfall wurde der frühere Maschinenmeister des Urania-Theaters, August Bris, verantwortlich gemacht. Derselbe gab zu, daß er im November v. J. den Vorhang in der bezeichneten Weise beschwert habe. Damals sei die Befestigung eine derartige gewesen, daß jede Gefahr eines Unglücksfalles ausgeschlossen war. Bald darauf habe er seine Stellung aufgegeben. Wenn nun durch allabendliches häufiges Auf- und Niederlassen des Vorhanges die Befestigung sich nach 5 Monaten gelockert habe, so könne ihm die Schuld nicht zugeschrieben werden, sondern sie treffe denjenigen, der es veranlaßt habe, die Einrichtung zu revidieren. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß dem Angeklagten ein Vorwurf nicht zu machen sei und fällt daher ein freisprechendes Urtheil.

In einem Mai-Abende wollte der Kaufmann G. den Stadtbahnzug von Oranien nach Berlin benutzen. Als er einsteigen wollte, löste ihm überall der Ruf „Gesäß!“ entgegen. Endlich fand G. einen Wagenteil, dessen Sitzplätze zwar in Beschlag genommen waren, der aber noch hinreichend Platz zum Stehen bot. Da die Zeit drängte, lehrte G. sich nicht an den Ruf, der ihm auch hier von den Insassen entgegenlachte, er riß die Thür, die von innen zugehalten wurde, mit Gewalt auf und drang hinein. Die Insassen äußerten ihre Unzufriedenheit über den unliebsamen Zuwachs, G. antwortete in verschärfter Weise und es kam zu einem ungemüthlichen Austritt. Der Polizeileutnant M., der auch zu den Fahrgästen gehörte, stellte Strafantrag wegen Beleidigung seiner Person, worauf G. sich gestern dieserhalb vor der 131. Abtheilung des Schöffengerichts zu verantworten hatte. Er gab die beleidigenden Ausdrücke zu, führte aber zu seiner Entschuldigung an, daß er sich durch das unliebenswürdige Verhalten der Insassen, welche nicht eine Spur ihrer Bequemlichkeit opfern wollten, um ihm die Mitfahrt zu ermöglichen, in hohem Grade gereizt fühlte. Er sei schon mit 26 Personen in einem Abtheil gefahren, ohne daß gegen die nachträglich Dineindringenden ein Wort des Unmuths gefallen wäre.

Während der Staatsanwalt 30 M. Geldstrafe beantragte, hielt der Gerichtshof 10 M. für eine ausreichende Sühne.

Soziale Uebersicht.

Der Amtsvorsteher Jahn, die Sozialdemokratie und die Heiligkeit der Familie. Der „Magd. Volksstimme“ wird aus Niederbodeleben berichtet:

Unser Amtsvorsteher Jahn ist erklärter Feind der Sozialdemokratie, u. a. deshalb, weil sie ja bekanntlich Ehe und Familie zerlören will. Wir veröffentlichten nun bereits am 31. Dezember v. J., daß der Herr Jahn für seine eigene Person jedoch eine ganz eigenthümliche Auffassung von der Heiligkeit der Familie hat, indem er, obwohl verheirathet, auch anderen Mädchen und Frauen nachsteht. Zum Beweis dessen veröffentlichten wir folgende Thatfachen:

Im vergangenen Herbst verfolgte er sein bei ihm in Dienst stehendes Dienstmädchen mit unzüchtlichen Anträgen, begab sich bei Nacht an ihr Bett, nur mit Unterhose bekleidet, zog ihr die Bettdecke weg und versuchte den Verkehr mit ihr zu vollziehen. Von einigen Bewohnern Niederbodelebens wurde deshalb bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen verführter Nothzucht erstattet. Auf die Strafanzeige erhielten die Unterzeichner folgende Antwort:

Der Igl. Erste Staatsanwalt.
Mt.-J. III. J.-N. 947/92
L.-B.-N. 14565.

Magdeburg, 24. Dezember 1902.

Auf Ihre Anzeige vom 29. November d. J. gegen den Amtsvorsteher Jahn daselbst wegen verführter Nothzucht werden Sie benachrichtigt, daß nach der eidlischen Aussage der... der Beschuldigte niemals sie mit G e w a l t zur Tödtung des außerehelichen Beischlafs zu nöthigen versucht hat, so daß ich keine Veranlassung habe, strafrechtlich gegen Jahn einzuschreiten.

Maizier.
„Da der Begriff „mit Gewalt“ nicht so leicht zu definieren ist, so war die Abweisung der Strafanzeige zu erwarten, jedenfalls aber beweist die Antwort des Herrn Ersten Staatsanwaltes, daß Herr Jahn in bezug auf das sechste Gebot gerade den Ansichten huldigt, die er der Sozialdemokratie in die Schuhe schiebt. Das ist ja eine alte Erfahrung, daß man niemanden hinter einem Busche sucht, hinter dem man nicht selbst gesteckt hat; und Herr Jahn, der selbst im Glashause sitzt, hat am wenigsten Ursache, andere mit Steinen zu bewerfen. — Es wäre nun angebracht gewesen, daß das Dienstmädchen Beleidigungsklage gegen den Amtsvorsteher anhängig macht. Das Dienstmädchen verstand sich nun leider nicht dazu, die Beleidigungsklage einzureichen. Dagegen reichten einige Einwohner von Niederbodeleben Beschwerde über den ablehnenden Bescheid des Ersten Herrn Staatsanwaltes bei der Oberstaatsanwaltschaft ein und erhielten dann den folgenden Bescheid:

Der Igl. Oberstaatsanwalt.

Nürnberg, den 5. Febr. 1903.
Zu der von Ihnen in Gemeinschaft mit... erhobenen Beschwerde gegen den ablehnenden Bescheid des Herrn Ersten Staatsanwaltes zu Magdeburg vom 24. Dezember v. J. in der Angelegenheit wider den Amtsvorsteher Jahn wegen Nothzucht ist... die Sachlage... geprüft und die angefochtene Bescheid auch ganz begründet befunden worden. Nach der eidlischen Bekundung der... ist keine Rede davon, daß der Beschuldigte ihr gegenüber jemals Gewalt zur Erzwingung des außerehelichen Beischlafs angewendet, noch daß sie dem Andringen desselben einen ernstlich gemeinten Widerstand entgegengesetzt hat... Hiernach liegen weder die Thatbestandsmerkmale der vollendeten noch der versuchten Nothzucht vor... (Unterschrift unleserlich.)

Also Nothzucht liegt nicht vor, wohl aber ist attenuirt festgestellt, daß Herr Jahn, Amtsvorsteher von Niederbodeleben, ehebrecherischen Verkehr mit seinem Dienstmädchen gepflogen hat, daß also sein Lebenswandel nicht derart ist, als daß sich seine Mitbürger ein Beispiel von ihm nehmen könnten. Nichts desto weniger aber ist Herr Jahn noch immer im Amt und nutzt sein Amt weiter aus, um Ehe und Familie vor den Angriffen der Sozialdemokratie zu schützen.

Die Textilarbeiter-Konferenz für Rheinland und Westfalen, die am 18. Juli in Burscheid tagte, bot mancherlei des Interessanten über die soziale Lage der Weberarbeiterschaft. Von den Situationsberichten gehört zweifellos derjenige von Bielefeld zu den traurigsten, denn von 10 000 Textilarbeitern im Stadtkreis Bielefeld sind nur 33-40 organisiert, von den 8000 Textilarbeitern im Landkreis ist kein einziger organisiert. In Eibersfeld sieht es mit der Organisation schon beträchtlich besser aus, von 7000 Textilarbeitern sind 1000 organisiert. Die Arbeitsverhältnisse sind am miserabelsten in der Färberei, in welcher einzelne Betriebe drei bis vier Gesellen und 25 bis 30 Lehrlinge haben; die Behandlung der letzteren ist zudem noch brutal. Rachen hat 13 000 Textilarbeiter, von denen 300 Mitglieder der Filiale sind. Weber verdienen bis 12 Mark, in der Appretur verdienen erwachsene Arbeiter vielfach nur 9 Mark wöchentlich, jüngere Arbeiter 4-6 Mark. In Barrien sind von 10 000 Textilarbeitern 1200 in der Filiale. Die Verhältnisse in Grevelsdorf in der Textilbranche tief traurige. Am erbärmlichsten sind jedoch die Verhältnisse in den Appreturen, denn unter 60 bis 70 Arbeitern befinden sich 30 Lehrlinge ohne die Stammtahl derselben beträgt 900, welche durchschnittlich 7-12 M. verdienen und Militärstücke verfertigen. Haan hat 1100 Textilarbeiter in Fabriken und 900 Hausindustrielle. Organisiert sind 148 Arbeiter. Durch das Vorgehen der Firma Schniewind u. Schmidt hat die Filiale einige Einbuße erlitten. In Mettmann zählt die Filiale 70 Mitglieder. In Nonsdorf bei 2000 Textilarbeitern (größtentheils Hausindustrielle) über 600. Zum Ertrahen jämmerlich ist die Lage der Textilarbeiter in Hildesheim. Wenn es möglich ist wandert aus. Die Folge davon ist, daß die Gesamtzahl der Arbeiter, welche vor drei Jahren noch 1700 betrug, jetzt auf 1400 gesunken ist. Röttingen hat auf 800 Textilarbeiter nur 13 organisiert, und in M.-Glabach ist infolge Lokalmangel und sonstiger Chikanen an eine Organisation nicht zu denken.

Derartige Zahlen zeigen, wie unendlich viel noch an kleinerer Minor- und Organisationsarbeit in den weitesten Bevölkerungsklassen zu leisten ist, bevor die Rede davon sein kann, daß die Arbeiterchaft ein machtvoller und maßgebender Faktor in der Gesellschaft sei. Das bedeutungsvolle Wort unseres Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“, wird namentlich in gewerkschaftlicher Beziehung immer nur erst von einem geringen Bruchtheil des arbeitenden Volkes begriffen und gewürdigt.

Ueber die Lage der Apothekergehilfen wird uns aus betheiligten Kreisen noch geschrieben:

Während die tägliche Beschäftigung des Beamten wohl kaum acht Stunden übersteigt und auch der Handwerker und Arbeiter sein Tagewerk in zehn bis zwölf Stunden durchschnittlich erledigt hat, ist der Apothekergehilfe zu einer täglich fünfzehnstündigen thätigen Thätigkeit gezwungen, welche mit den Nachtwachen oft einen ununterbrochenen 18stündigen Dienst bedingt. Solch ein Gehilfe wäre nun glücklich, seine 15 Stunden gleichmäßig und ruhig durcharbeiten zu können; dank der Gewohnheit der meisten Chefs jedoch, eine Arbeitslast, welche dem Leistungsvermögen Zweier entspricht, Einem aufzubürden, gestaltet sich die Thätigkeit der Apotheker infolge Mangels an dem nöthigen Personal oft zu einer förmlichen Ohnjagd, unter der Körper und Geist leidet.

Der Apotheker, wird man nun einwenden, welcher eine achtjährige Vorbildung genossen, diverse Examen glücklich bestanden hat, und durch seinen verantwortlichen Beruf einer steten moralischen sowohl, wie individuellen Gefahr ausgesetzt ist, — kann aber auch seinen Kenntnissen und Leistungen entsprechend auf ein großes Gehalt Anspruch machen und auf diese Weise für seine aufreibenden Dienste und Mühen entschädigt werden.

Was jetzt ist es leider noch bei dem „Anspruch machen“ geblieben, der Apothekergehilfe wird in den meisten Fällen erstaunlich niedrig honorirt. Wenn man eine pharmazeutische Fachzeitung zur Hand nimmt, so wird man darin lesen, wie „Bestempeln, examinierten Herren mit Sprachkenntnissen“ 150 M. monatliches Salär oder eine „freie Station“ mit ca. 80 M. Gehalt angeboten wird.

Einen fernerer Anlaß zur Unzufriedenheit der Apotheker bietet der Sonntagsdienst. Während die Sonntagsruhe in fast allen Gewerben bereits besteht (man versucht jetzt bekanntlich diesfalls auch in der gesammten Industrie einzuführen), hat der Apotheker die zweifelhafte Annehmlichkeit, sein Geschäft offen halten zu müssen, um diesem für 5 Pfg. Saarsöl, jenem für einen Groschen Pomade verkaufen zu können. — Daß auch hier eine Aenderung zu gunsten der Sonntagsruhe möglich ist, ist unzweifelhaft und dürfte es von maßgebender Seite nicht an Vorschlägen hierzu fehlen, falls man der Sache näher treten wollte; es ließe sich z. B. mit Rechtigkeit einrichten, daß drei bis vier benachbarte Apotheken abwechselnd an den Sonntagen den

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 31. Juli. Das "Neuer'sche Bureau" meldet aus Buenos-Ayres von gestern: Die Nationalregierung ersuchte den Kongress, den Belagerungszustand über die Provinzen San Louis, Santa Fe und Buenos-Ayres zu verhängen.

London, 31. Juli. Der "Times" wird aus Shanghai gemeldet, daß die italienische katholische Mission am Mienjang, 90 englische Meilen südlich von Han-Kou, während eines Auftrags zerstört worden sei.

Dasselbe Blatt erzählt aus Sansibar, daß die Belgier im Verein mit Slaven aus Manjema gegen Araber des Zippo Lip kämpften und 60 derselben tödteten.

London, 31. Juli. Nach einer späteren Meldung des "Neuer'schen Bureau's" aus Buenos-Ayres von gestern dauern die Kämpfe in den Straßen von Rosario fort; die Ausländer hätten sich der aufständigen Bewegung angeschlossen.

London, 31. Juli. Die "Daily News" meldet aus Bangkok vom Sonnabend: Siam bewilligte ohne Vorbehalt alle Forderungen Frankreichs in der Zuvorsicht, daß ihm keine Gebiete genommen würden, bevor nicht die Ansprüche auf das Gebiet zwischen dem 15. und 23. Breitengrade von allen beteiligten Mächten geprüft seien.

Madrid, 30. Juli. Die zu einem Syndikat vereinigten Verkäufer von Getränken beschloßen, an die Regierung eine Abordnung zu senden, um derselben auseinanderzusetzen, daß sie sich weigern würden, die Patentsteuer zu zahlen, und es vorziehen würden, ihre Lokale zu schließen.

Paris, 31. Juli. Dem "Gaulois" zufolge beabsichtigt die Regierung, einen flammenden Hafen bis zur vollständigen Ausführung des Ultimatum's besetzt zu halten.

Paris, 31. Juli. Nach einem Telegramm aus Buenos-Ayres hat der argentinische Kongress die Verhängung des Belagerungszustandes und die Bundesintervention in den Provinzen Buenos-Ayres, Santa Fe und San Luis nach lebhaften Debatten genehmigt.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wien, 31. Juli. Nach Meldung hiesiger Blätter soll gegen die Lemberger Magistratsbehörden eine Untersuchung, angeblich wegen Fälschung der Jahres-Geschworenenlisten eingeleitet sein.

Triest, 31. Juli. Eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung nahm eine Resolution an, in welcher sie ihren vollständigen Anschluß an die sozialdemokratische Partei unter Billigung der von derselben unternommenen und noch zu unternehmenden Schritte ausspricht.

Christiana, 31. Juli. In der norwegischen Staatsraths-Sitzung an Bord der Dampfschiff "Drott", bei Helsingborg am 28. Juli hat König Oskar dahin sich entschlossen, daß die militärischen Kommandosachen, deren Entscheidung er sich selbst vorbehält, in Friedenszeiten von ihm nach Vortrag des Chefs des Vertheidigungs-Departements oder eines andern Staatsrathsmitgliedes erledigt werden sollen.

Stockholm, 31. Juli. In der Umgebung von Stara tritt die Pockenkrankheit jetzt epidemisch auf.

Paris, 31. Juli. Der "Figaro" verlangt von der Regierung Auskunft darüber, ob sie den Papst um seine Intervention bei den französischen Bischöfen behufs deren regierungsfreundlicher Mitwirkung bei den demnächstigen Wahlen angegangen, der Papst aber angeblich wegen der unberechtigten Ansprüche der Regierung diese Intervention verweigert habe.

Paris, 31. Juli. Anlässlich der in Ruffschud erfolgten Verhaftung des Ingenieurs Guyon, eines Franzosen, welcher eine rumänische Gesellschaft vertritt und dieser 40 000 Franz. unterschlagen haben soll, haben nach dem "Temps" Frankreich sowohl wie Rumänien Protest erhoben; ersteres verlangt die Entlassung Guyon's aus dem Gefängnis zu Ruffschud, letzteres beschwert sich über die durch die bulgarischen Behörden erfolgte widerrechtliche Zurückbehaltung des rumänischen Direktors der Gesellschaft, der ebenfalls nach Ruffschud gereist war und dort unfreiwillig 14 Tage bleiben mußte.

Briefkasten der Redaktion.

Vom 2. bis einschließlich den 19. August fällt die Auskunfts-ertheilung in juristischen Sachen in der Sprechstunde von 12 bis 1 Uhr fort.

R. T. 36. Sie können den Verkäufer auf Schadensersatz wegen der nicht gelieferten sieben Hefen verklagen. Die Klage ist beim Amtsgericht anzustellen, wenn der Werth unter 300 M. beträgt, sonst durch einen Anwalt beim Landgericht.

B. N. in Bern. Wenden Sie sich gefälligst an die Vorstände der Arbeiter-Bildungsschule und der Freien Volkshöhne. Sie erhalten dann die genauesten Aufschlüsse.

F. G. B. Wenn Ihre Frau beweisen kann, daß ihr das Tischeben zum Geburtstag geschenkt ist, so mag sie klagen, andernfalls würde die Klage überflüssige Kosten machen.

F. M. und H. W. Bitte auf der Redaktion sich persönlich einzufinden.

K. G., Kassel. Die "Arbeiter-Zeitung" in Wien, VI. Gumpendorferstr. 64.

Briefkasten der Expedition.

Heinrich. Ist am Freitag bestes besorgt worden. Köpenick. Die Todesanzeige kostet 4 Mark, die Paulsagung 3,20 M.

Vermischtes.

Vom verschundenen Emin Pascha. Der englische Missionar Alfred J. Swann, welcher seit 10 Jahren am Tanganika-See (Ostafrika) stationirt ist, schreibt von der Station Karongo unter'm 26. April, er habe gehört, daß Emin Pascha im Oktober vorigen Jahres in der Nähe von Kilonga Longa von Seid bin Ubed, dem Sohne des alten Tanganyika, getödtet und aufgegesseu worden sei.

In Altona ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag die Export-Malzfabrik und Bierbrauerei von G. Riefe, Große Elbstraße, total niedergebrannt. Die gesammte Altonaer und Ottenfener Feuerwehr, sowie zweizüge der Hamburger Feuerwehr mit zwei Dampf- und zwei Schiffspritzen beschränkten in vierstündiger angestrengter Thätigkeit das Feuer auf seinen Herd.

Die Cholera. Eine Wiener Depesche des "D. B. S." berichtet unter'm 31. Juli: "Nach italienischen Berichten grassirt die Cholera sehr stark in Neapel. Der Tod des Grafen Caraccioli an der Cholera hat eine große Flucht in den Krivostatenkreisen verursacht. Auf dem Panzerschiffe "Umberto I." sind einige 30 Erkrankungen unter den Matrosen vorgekommen. Die Krankheit tritt übrigens mild auf."

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich mein

Uhren- und Goldwaaren-Lager

von der Invalidenstr. 157, neben der Markthalle, nach der

Brunnenstrasse 175, neben der Invalidenstrasse

verlegt habe. — Durch bedeutende Vermehrung meines ohnehin schon großen Lagers und direkten Bezug großer Posten

Uhren, Gold-, Silber-, Corall- und Granat-Waaren

bin ich im Stande, noch billiger zu verkaufen wie bisher. Das sechzehnjährige Bestehen und stetige Emporwachsen meines Geschäfts beweisen meine Reellität und Leistungsfähigkeit. Die neuesten und geschmackvollsten Muster sind stets am Lager.

Spezialität: Goldene Ringe und Alfenidewaaren.

Max Busse, Uhrmacher und Juwelier.

Freiwillige Versteigerung.

Im Auftrage des Herrn Konkursverwalters G. Oedel werde ich aus der Hofschmidtschen Konkursmasse

Mittwoch, den 2. August,

Um. 10 Uhr, Chausseestr. 52

2 Geschäftswagen mit Federn, ca. 1800

lfd. Meter diverse Bretter und Bohlen,

36 Hobelbänke mit Zugrahmen und

Werkzeug, sowie diverse andere Werk-

zeuge und Materialien im Einzelnen

öffentlich meistbietend gegen baare

Zahlung versteigern. Die Besichtigung

der zu versteigernden Gegenstände kann

am Montag und Dienstag von 8 bis

12 Vorm. und 2 bis 6 Uhr Nachm.

dieselbst erfolgen. 4640L

Arnhold, Gerichtsvollzieher,

Wallstr. 65, II.

Extra-Offerte bei Entnahme von 3 Litern Nordhäuser, echt. 50 Pf. Liqueure, Rum, Cognac. 90 Großdekkillation 4592L 63 Andreas-Strasse 63.

5 1/2 Pfund Albrecht's Brot für 50 Pfennig Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8 Langestr. 28, Falkensteinstr. 28

X- und O-Seine. Heinrich Bayer, Fabrikant des "Egalisators" für X- u. O-Seine, aus Keimfeld in Holstein, ist auf kurze Zeit mit Rüstern hier anwesend. Zu sprechen von 10-2 und 4-6 Uhr, 64/2) NW, Dorotheenstr. 93, I.

Rechtsbureau des Königl. Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 673b

Sophastoff-Reste in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Morquerte spottbillig! Proben franko!

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Breßtholen, anerkannt beste Nische gebend, aus dem Bergwerk bei Königswinterhausen, per Tausend ab Platz 4 M. Beste Zeitsenberger Mariekohle 5 M., Mittel-Qualität 4,80 M. ab Platz, frei Keller 50 Pf., frei Woden 75 Pf. pro Tausend mehr. Näher ohne Berechnung frei Hans. 1171b Frischeisen & Co., Rottbauer Ufer 80.

Bierverlag, Mehl- u. Vorkost-Geschäft, Dreiprosse, Genossenschaftsprotokoll, ff. Hand- u. Spirituosen, bill. Miethe, zu verl. Ritterstr. 85. 1216b

Teppiche!! Gardinen!! Steppdecken!!

billigsten in der Fabrik von J. Brünn, Haackescher Markt 4.

Stadtbahnhof Börse. Krankheitshalb. sof. Ed-Desillation zu verkaufen. Zu erfragen b. Hempel (Roabit) Stephanstraße 8, Hof 2 Tr., von 12-1 und 6-8. 46092

Ein altes, seit 18 Jahren bestehendes Schankgeschäft mit voller Konzession ist umstände halber billig zu verkaufen Belfortstr. 13. 1199b

Blumenbinderin. Eine Blumenbinderin findet bei bezahlte, dauernde Beschäftigung. 1220b Freystadt, Straußfedern-Fabrik, Kommandantenstr. 80/81, 1 Treppe.

K. Buchhalter Saarbrückerstr. 7, links besorgt bill. sämtliche einsch. Arbeiten, auch funden- und halb-tageweise. 1222b

Steinmeh wird verlangt 1225b H. Jabel, Schönhauser Allee 163.

Gesucht: 2 Schraubendreher f. Mittelbänke, 1 Arbeiter f. Ziehbanf. 1223b N., Fennstr. 50/51.

Bergolder a. Silber u. Polirur verl. 1221b H. Voofs, Hegnitzerstr. 15.

Bergoldergebissen auf bessere Polirur-leisten, verl. Müller, Grüner Weg 66.

Straußfedern-Näherinnen. Näherinnen für Straußfedern finden bestbezahlte u. dauernde Beschäftigung. Freystadt, Straußfedern-Fabrik, 1319b Kommandantenstr. 80/81, 1 Tr.

Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 1059b